

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 1,80 M., für das übrige Ausland 2,40 M., möglichst Saldo-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 36,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 30.

Die schlagpatente Kompartiments- oder deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Berlin-Besuche in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschlands Bitte um Vermittlung

Die Note an Amerika

Berlin, 21. April.

Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen.

Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung für recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, den Schiedspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zurechtstehende Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmassnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

gez. Fehrenbach. gez. Simons.

Diese Note bedeutet also die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die Höhe der Summe dem Ermessen des Präsidenten Harding anheimzustellen und seine auf Grund der angestellten Untersuchung getroffene Entscheidung ohne Einschränkung zu erfüllen.

Wir wollen heute, wo die Dinge im Rollen sind und die Antwort der Vereinigten Staaten in kurzer Zeit zu erwarten ist, an diesem Schritt der Regierung keine eingehendere Kritik üben. Die Hoffnung auf eine Vermittlung ist nicht allzu groß, da sowohl England wie Frankreich eine solche bisher stets abgelehnt haben. Allerdings geht die deutsche Regierung außerordentlich weit, indem sie von vornherein sich der Entscheidung unterwirft. Aber für England und Frankreich steht die Sache ganz anders als für Deutschland, und wir fürchten, daß diese Mächte kaum ihr Alleinbestimmungsrecht sich einschränken lassen werden. Falls dieser Versuch aber scheitert, wird es doch notwendig sein, ein direktes Angebot zu machen und unterdessen ist wieder kostbare Zeit verlorengegangen.

Die deutsche Regierung hat noch einen zweiten Schritt unternommen. Sie hat der Reparationskommission als Teil eines gesamten Wiedergutmachungsplanes einen ausgearbeiteten Plan für den Wiederaufbau überreicht. Sein Inhalt dürfte in kurzer Zeit bekanntgegeben werden.

Im übrigen wird die Regierung erst zu Beginn der nächsten Woche dem Parlament Gelegenheit geben, zu ihrer Politik Stellung zu nehmen. Montag soll der Auswärtige Ausschuss tagen und Dienstag unsere Interpellation über die auswärtige Politik beantwortet werden.

Der Reichstag wird also wieder vor vollendete Tatsachen gestellt sein. Aber das ist nicht nur Schuld der Regierung, sondern auch der Majorität des Reichstages selbst, die in der wichtigsten Zeit einer Regierung völlig das Gesicht des deutschen Volkes überantwortet hatte, die bisher gerade in der auswärtigen Politik ganz unmöglich und unglücklich operiert hat.

Die informelle Begegnung

(Reuter.) London, 21. April.

Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß bis jetzt keine interalliierte Zusammenkunft stattgefunden sei. Der Minister fügte aber hinzu, er werde Ende der Woche eine informelle Begegnung mit dem französischen

Premierminister haben und werde dann einen vorläufigen Meinungsaustausch mit ihm pflegen.

CC. Paris, 21. April.

Die Zusammenkunft in Höhe wird sich auf die beiden Ministerpräsidenten beschränken. Weber General Koch noch General Wilson werden daran teilnehmen. Briand wird von Verheyaud und Lloyd George von seinen beiden Sekretären Hanken und Kertz begleitet sein. Italien und Belgien werden an den Besprechungen nicht teilnehmen; damit aber Belgien über die Ergebnisse genau informiert sei, wird sich Loucheur nach Brüssel begeben, um mit Jasper zu konferieren.

Die Stimmung in England

C. C. Paris, 21. April.

Der „Temps“ erfährt von seinem Londoner Berichterstatter, daß zwischen Frankreich und England über die zu ergreifenden Massnahmen ein prinzipielles Einvernehmen herrscht. Von ernststen Schwierigkeiten bei der Regelung der Einzelheiten der französischen Pläne kann keinesfalls die Rede sein. Allerdings fragt man sich in England, ob Deutschland nicht der Bewirkung der neuen Zwangsmassnahmen aus dem Wege gehen könne. Man versichert in London, daß es der deutschen Regierung ein Leichtes wäre, einen Beweis ihrer Loyalität und ihres guten Willens in der Weise zu geben, daß es vor morgen Abend das Gold in die Rheinslande überführen lasse. Eine Weigerung Deutschlands würde den schlechten Willen seiner Regierung erweisen. Innerhalb des englischen Kabinetts macht sich eine Entrüstung geltend, die eine friedliche Lösung herbeiwünscht. Diese besteht auch daraus, daß man zuerst die neuen deutschen Vorschläge anhören müsse, bevor man Entscheidungen treffe. Lloyd George muß auch auf die Kritik, die bestimmt zu erwarten ist, Rücksicht nehmen.

Der Haushalt, der kommenden Montag beraten werden soll, hat eine starke Belastung durch die neue Verleibungspolizei und die Mobilisierung der Reservearmee erfahren. Das Haus wird wissen wollen, ob die Regierung die Absicht hat, die englischen Streitkräfte an den Aktionen gegen Deutschland teilnehmen zu lassen. Die Liberale und die Arbeiterpartei wenden sich gegen die Einseitigkeit. Die englische Regierung scheint aber jedenfalls von dem Gedanken befeuert zu sein, daß der Vertrag von Versailles erfüllt werden muß.

Die neuen Zwangsmassnahmen

Paris, 21. April.

Die militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen sind unter dem Vorsitz des Marschalls Foch von neuem zusammengesetzt und haben die Einzelheiten der militärischen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete fertiggestellt, die gegebenenfalls im Ruhrgebiet zu besetzen wären. Zwei Berichte über die militärische Organisation wurden behandelt: 1. die Abgrenzung der zu besetzenden Gebiete, 2. die zur Besetzung nötigen Mannschaften. Die drei anderen Berichte rein wirtschaftlicher und finanzieller Art behandeln: 1. Ausbeutung der Gruben, 2. die Finanzverwaltung, 3. die Verpflegung der Bewohner der Kohlengebiete. Die vorgeschlagenen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, die Besetzung ertragreich zu gestalten, wurden vollständig behandelt. Ein zusammenfassender Bericht über die Beratungen wird Briand noch vor seiner Abreise nach England vorgelegt werden.

Zugansammlung an der neuen Zollgrenze

Düsseldorf, 21. April. (W.B.)

Die Ansammlung von Güterzügen infolge der Zollmassnahmen hat auf den Zollbahnhöfen im Düsseldorf-Bezirk bereits heute einen bedeutenden Umfang angenommen. Auf den Bahnhöfen Derendorf, Rath und Gerresheim stehen annähernd 600 bis 700 Wagen, die die Seife verkosten. Infolgedessen ist heute an die Eisfelder Eisenbahndirektion von der Düsseldorf-Station ein Telegramm abgegangen, in dem die Annahme weiterer Zollgüter verweigert wird. Der Personenzug wird weiterhin mit geringen Verspätungen aufrechterhalten. Die Berliner Schnellzüge gehen nach einem Aufenthalt von fünf Minuten weiter. Alle Züge sind außerordentlich schwach besetzt.

Amerika und Japan

DC. Washington, 21. April.

Den Blättern zufolge hat Präsident Harding eine Einladung an die japanische Regierung ergoßen lassen, sie möge nach Washington eine Sonderdelegation entsenden, die mit der amerikanischen Regierung über alle zwischen beiden Ländern schwebenden Streitpunkte zu verhandeln in der Lage und bevollmächtigt sei. Der Präsident erachtet solche vorgängigen Verhandlungen als unerlässlich, ehe Amerika die Verhandlungen über die Küstungseinrichtungen mit England und Japan eröffnen könne.

Gleichzeitig übergibt das Staatsdepartement den gesamten amerikanisch-japanischen Notenwechsel bezüglich des Pap-Mandats der Öffentlichkeit. Aus diesem diplomatischen Schriftwechsel geht der Standpunkt beider Staaten in der Pap-Frage unverkennbar hervor.

Ein Ueberrumpelungsversuch in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 21. April.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags machten die Bürgerlichen einen Ueberrumpelungsversuch, mit dem sie die Regierung zu flüchten gedachten. Anlässlich der Beratung des Kapitels „Finanzministerium“ des Nachtragsetats gaben sie plötzlich folgende Erklärung ab:

„Nach den Feststellungen, die die Regierung am 7. April gegenüber der kommunistischen Partei gemacht hat, erscheint nun mit den Interessen des Landes die Tatsache unvereinbar, daß die Regierung in ihrem Bestande nach wie vor lediglich von der Unterstützung der kommunistischen Partei abhängt. Aus diesem Umstände, wie aus Äußerungen einzelner Minister und aus Forderungen der Regierungsparteien geht hervor, daß sich die jetzige Regierung als reine Klassenregierung im schroffen Gegensatz zu dem von den nichtsozialistischen Parteien vertretenen Teile des Volkes stellt. Wir werden unsererseits diesen Gegensatz dadurch kundtun, daß wir bei den weiteren Haushaltsplanberatungen die Gehälter der Minister rundweg ohne Rücksicht auf die in Frage kommenden Personen ablehnen.“

Die sozialistischen Parteien führten darauf die Beschlußfähigkeit des Landtages herbei, um der Ueberrumpelung zu begegnen. Auch die kommunistische Fraktion handelte solidarisch mit den sozialistischen Parteien. Die Absichten der Bürgerlichen waren damit zum Scheitern verurteilt. Sie rechneten auf die Sabotage durch die U. P. D., aber mit Rücksicht auf die Wirkung auf die Bevölkerung ließen deren Abgeordneten ihre Bereitwilligkeit erkennen, die sozialistische Regierung zu unterstützen. Angesichts der Verhältnisse im Reich erstarb in der sächsischen Arbeiterkammer immer mehr die Erkenntnis, wie notwendig es ist, daß in der Brandung der reaktionären Wogen zumindest für die Abwehr der reaktionären Vorstöße die sozialistische Regierung erhalten bleibt.

Gewisse rechtssozialistische Gesäfte, solidarisch mit der Deutschen Volkspartei die gegenwärtige Regierung zu sabotieren, sind inzwischen wieder verstummt, da die „Chemnitzer Volksstimme“ mit größter Schärfe dem entgegentritt. Symptomatisch ist es dabei, daß der eifrigste Verehrer des nach links gerichteten Kurses der U. P. D. in Sachsen, der Abgeordnete Jollisch, als Nachfolger des wegen Krankheit zurückgetretenen Wirtschaftsministers Schwarz in die Regierung berufen werden wird.

Immer deutlicher wird das Bestreben der bürgerlichen Parteien erkennbar, sich überall zu einer festen Front gegenüber der Arbeiterklasse zusammenzuschließen, wobei naturgemäß der Stinnespartei die führende Rolle zufällt. In Preußen ist es ihnen bereits geglückt, die Rechtssozialisten aus der Regierung hinauszudrängen, trotzdem doch über deren Bereitwilligkeit, mit einem Teil des Bürgertums auch künstlich in Hand zu arbeiten, kein Zweifel bestand. Nunmehr wird dieses Spiel auch in Sachsen fortgesetzt. Die jetzige sächsische Regierung, die sich aus Rechtssozialisten und Unabhängigen zusammensetzt, hat nur dann eine Mehrheit hinter sich, wenn die Kommunisten sie unterstützen. Die bürgerlichen Parteien hatten wahrscheinlich damit gerechnet, daß die Kommunisten jetzt diese Unterstützung zurückziehen würden. Offenbar haben diese aber eingesehen, daß bei einem Sturz der Regierung und bei Neuwahlen nicht die beiden sozialistischen Parteien, sondern sie selbst das Nachsehen haben würden. Der Wunsch in Mitteldeutschland hat auch im benachbarten Sachsen sehr vielen Arbeitern die Augen über das anarchische Treiben dieser Partei geöffnet, und sie dürfte gerade jetzt kaum hoffen, in einigermaßen beachtlicher Stärke in das Parlament zurückzukehren. Die kommunistischen Führer schimpfen zwar auf das Parlament, aber sie lieben die parlamentarischen Mandate.

Die Berufung des Redakteurs der „Chemnitzer Volksstimme“ Jollisch in das Ministerium zeigt, daß die radikalere Chemnitzer Richtung in der rechtssozialistischen Partei Sachsens noch die Oberhand hat. Es war die Rede davon, daß Herr Gradnauer in das Ministerium zurückkehren sollte; das würde die Ausöhnung der Rechtssozialisten mit der Stinnespartei bedeuten, das würde ihre Bereitwilligkeit gezeigt haben, mit den bürgerlichen Parteien wieder eine Koalition zu bilden. Aber auch die Rechtssozialisten fürchten sich genau so wie die Kommunisten vor dem Anteil der Arbeiterklasse. Sie wissen ganz genau, daß die Rückkehr zur Koalition, und gar noch die Zusammenarbeit mit der Stinnespartei, ihren völligen Bankrott herbeiführen würde. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann der weiteren Entwicklung in Sachsen mit Ruhe entgegensehen; sie treibt ihre Politik getreu nach den Grundföhen der sozialistischen Erkenntnis und lehnt

anarchistischen Putschismus ebenso ab wie das Liebhäugeln mit den bürgerlichen Parteien. Die nächste Zukunft wird lehren, daß nur auf diese Weise das Vertrauen des ganzen Proletariats gewonnen werden kann.

Diktator Stinnes

Die Schweregeburten in Preußen

Das Satirspiel der preußischen Regierungsbildung hat endlich seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Die erneute Wahl des Ministerpräsidenten ergab von 349 gültigen Stimmen für Stegerwald (Zentrum) 227, Braun (Soj) 100, Ludwig (L. S. P.) 21, Busch (Zentrum) 1 Stimme. Stegerwald ist also zum Ministerpräsidenten gewählt und zwar mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen. Seine Wahl bedeutet die Etablierung eines bürgerlichen Blocks, der von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen reicht. Sind in der von Stegerwald gebildeten Regierung neben „unpolitischen“ Beamten offiziell zwar nur Demokraten und Zentrum vertreten, so ist die Regierung dennoch von der Gnade der beiden Rechtsparteien abhängig, die ihren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte durch die sogenannten „Unpolitischen“ zur Geltung zu bringen vermögen und die im übrigen der ausgesprochenen Winderheitsregierung des Zentrums und der Demokraten ihren Willen diktieren werden.

Der Bildung der preußischen Regierung ging folgender Vorgang voraus, der auf die politische Situation ein großes Schlaglicht wirft: Am Mittwoch abend erschien bei Stegerwald eine Deputation der Deutschen Volkspartei, geführt durch den Abgeordneten Leidig, und überreichte dem Minister ein Ultimatum des Inhalts, daß unter keinen Umständen für das Ministerium des Inneren ein Demokrat in Frage kommen dürfe. Die Herren Dominicus und Schiffer seien für die Deutsche Volkspartei völlig undiskutabel. Das Ministerium des Inneren müsse mit einem „unparteiischen“ Fachmann, also mit einem orgelstreuen Beamten, besetzt werden.

Herr Stegerwald, der sonst in Fragen der Personalpolitik zu allen Konzessionen bereit ist, ging dieses Ultimatum, das in einer äußerst brüskten Form vorgetragen wurde, gegen den Strich. Er soll insbesondere über den Ton dermaßen empört gewesen sein, daß er die Deputation die Hintertreppe hinunterführen ließ. Auch die Demokraten sollen, wie es heißt, über einen derartigen Vorschlag entrüstet gewesen sein und ihn rundweg abgelehnt haben.

Wie aus der endgültig festgestellten Ministerliste hervorgeht, ist nun tatsächlich Herr Dominicus in das preußische Ministerium aufgenommen worden, nachdem Herr Schiffer abgelehnt hatte. Das Ultimatum der Deutschen Volkspartei ist also nicht berücksichtigt worden, was die beiden Rechtsparteien allerdings nicht gehindert hat, in der gestrigen Sitzung ihre Stimmen restlos für Herrn Stegerwald abzugeben. Sie konnten das mit ruhigem Gewissen tun, denn trotz der Ablehnung ihres Ultimatus und des Hinauswurfes ihrer Deputation über die Hintertreppe, wissen die Herren sehr wohl, daß nicht Herr Stegerwald, sondern Herr Stinnes der Leiter der preußischen Regierung sein wird. Herr Stegerwald verkündete noch gestern in seinem Blatte, sein Ziel gehe dahin, die Regierungen im Reich und in Preußen auf ein „gegenseitiges abgestimmtes Programm“ zu stellen, das von einer starken parlamentarischen Mehrheit gestützt werde. Das ist im Reich wie in Preußen die Herrschaft des bürgerlichen Blocks, über den wiederum Herr Stinnes seine Macht ausübt. Handelt es sich um die Erreichung dieses Zieles, so nimmt die Partei des Herrn Stinnes, die Deutsche Volkspartei, unter Umständen auch die kleinen Unbequemlichkeiten eines Hinauswurfes oder eines abgelehnten Ultimatus mit in den Kauf: Das sind die notwendigen Unkosten bei dem vorteilhaftesten Geschäft.

Deutschland und Polen

Nach einer Meldung aus Warschau hat die deutsche Regierung an den Obersten Rat der Alliierten eine neue Note gerichtet, worin sie an die Lieferung von Lokomotiven an Polen besondere Bedingungen knüpft und insbesondere verlangt, daß die polnische Regierung vorher die Unverletzlichkeit der deutschen Grenze anerkenne. Die Lokomotivenfrage schwebt schon längere Zeit; da eine Einigkeit zwischen Deutschland und Polen nicht zu erzielen war, so hatte eine japanische Schiedskommission eine Entscheidung gefällt, wonach Deutschland 350 Lokomotiven an Polen liefern solle. Die polnische Regierung protestiert jetzt dagegen, daß diese wirtschaftliche Frage mit politischen Fragen vermischt werde.

Aus dieser Meldung geht wiederum hervor, daß die deutsch-polnischen Differenzen auch in wirtschaftlichen Fragen noch in voller Schärfe bestehen. Auf welcher Seite die Hauptschuld dafür zu suchen ist, mag dahingestellt bleiben. Wir müssen auf jeden Fall von der deutschen Regierung verlangen, daß sie alles daransetzt, um endlich zu einem geregelter Handelsverkehr mit Polen zu kommen. Es besteht jetzt die Gefahr, daß die Einfuhr deutscher Industrieprodukte nach Polen durch das englische Kapital völlig verdrängt wird. Es ist bekannt, daß bisher schon sehr viel ausländisches Kapital in den polnischen Industrieunternehmen, besonders in Galizien, angelegt wurde. Künftig sieht sich, wie aus einer anderen Warschauer Meldung hervorgeht, das englische Kapital an, die Herrschaft auch über den polnischen Handel an sich zu reißen.

Die deutschen amtlichen Kreise haben wiederholt behauptet, daß Polen auf den deutschen Markt angewiesen sei, weil sein Papiergeld nur noch bei uns einigen Kurswert habe und hochwertige Devisen in größerem Umfange dem polnischen Handel nicht zur Verfügung ständen. Man glaubte also, daß die Polen uns auf jeden Fall kommen müßten, auch wenn wir offiziell oder nichtoffiziell die Ausfuhr deutscher Waren nach Polen aus politischen Erwägungen verhindern. Die Schwierigkeit der Baluta scheint aber das englische Kapital überwinden zu wollen. Die Warschauer Meldung sagt, daß wiederholt schon englische Industrieunternehmen in großem Umfange Kredite an die Polen gewährt hätten. Die Folge davon sei, daß sehr große Aufträge nach England gegangen seien. So sei beispielsweise von der polnischen Landwirtschaftlichen Zentralorganisation ein Betrag über eine Million Pfund in Form von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Chemikalien für den landwirtschaftlichen Bedarf nach England gegangen. Polen habe dafür Zucker und Spiritusfabrikate geliefert, so daß die Verrechnung in natura möglich bleibe. Man glaube in Polen, daß,

wenn die englische Konkurrenz noch länger Gelegenheit hat, sich auf dem polnischen Markt anzubieten, sie den Markt für alle Zeit erobert haben werde, zumal sie sich an die polnisch-deutschen Handelsgebräuche anzupassen verstände.

Wenn der Leiter der deutschen auswärtigen Politik in der Wiedergutmachungsfrage zu einem Ergebnis gekommen sein sollte, so wird es höchste Zeit sein, daß er seinen Blick nunmehr auch nach dem Osten wendet. Bisher scheinen die Auseinandersetzungen mit Polen von Leuten geführt worden zu sein, die zwar eine bewährte deutsch-nationale Vergangenheit haben, aber nicht die geringste Fähigkeit besitzen, die großen Zukunftsprobleme des Ostens zu erkennen.

Aus der kommunistischen Kirche

Die kommunistische Zentrale läßt es an Eifer und Entschlossenheit bei ihrem Bemühen, die Reihen der Partei von unliebsamen Elementen zu säubern, wahrhaftig nicht fehlen. Nachdem über Lewi und die, die sich mit ihm solidarisch erklärt haben, der Urteilspruch gefällt worden ist, geht man jetzt gegen diejenigen Vorkämpfer vor, die es gewagt haben, an der Aktion der Zentrale Kritik zu üben.

So ist z. B. der Reichstagsabgeordnete Höllein als kommissarischer Chefredakteur des halleschen „Klassenkampfes“ bestimmt worden, nachdem bekannt geworden war, daß dieses Blatt, das unter dem Ausnahmezustand einstweilen nicht erscheinen darf, nach seinem Wiedererscheinen den mitteldeutschen Zustand kritischer werde. Wenn Hölleins Feder nur halb so stark tobt, wie sein Mundwerk im Parlament, sind die halleschen Arbeiter berechtigt, sich auf allerlei Vergünstigungen gefaßt zu machen.

Das „Ruh-Gehe“ in Offen ist zwar nicht für Lewi, aber doch auch nicht für die Zentrale eingetreten. Sein Versuch, zu lazieren, hat ihm nichts genutzt, der Kommunist Schumann aus Halle ist als „Strafbaier“ in die Redaktion des Essener Blattes gesetzt worden.

Anna Geper, die bisher den „Kommunistischen Zeitungsdiener“ leitete, sendet an die Redaktionen eine Zuschrift folgenden Inhalts:

„Meine Genossen, ich teile Ihnen mit, daß ich am 11. April 1921 auf Beschluß der Zentrale meine Tätigkeit als leitende Redakteurin des „Kommunistischen Pressedieneres“ einstellen mußte.“

So fliegt einer nach dem anderen. Zuseht bleibt vielleicht nur Stoedter übrig, der dann triumphierend wird verkündet können, daß die Einigkeit der Partei endlich gesichert sei.

Immer wieder drängt sich einem der Vergleich mit der katholischen Kirche auf. Der Papst und das Kardinalkollegium in Rom erlassen Dekrete. Sie entsenden in die einzelnen Provinzen ihre Legaten, die im kommunistischen Sprachgebrauch den Namen „Kommissare“ tragen. Die haben darüber zu wachen, daß nirgendwo von der rechten Heilslehre abgewichen und jede Keterei aufs strengste geahndet wird. Ihre Vorschriften sind von den Erzbischöfen auszuführen, und der Erzbischof Stoedter, beraten von seinem Domkapitel, setzt diejenigen Geistlichen seiner Diözese ab, die gegen den wahren Glauben verstoßen haben. Sie können appellieren, aber das Ende vom Liede wird die Moskauer Bannbulle sein.

Nur daß revolutionäre Proletarier eben keine frommen Schöflein sind und daß sich eine politische Arbeiterbewegung nicht nach dem Muster der heiligen Kirche organisieren läßt. Einstweilen lebensfalls pflegen die Leviten auf Papst und Erzbischof. Lewi erklärt seine Unterschrift unter der Erklärung, in der er sich zum Mandatsverzicht auf Anordnung der Zentrale verpflichtet, für null und nichtig. Das gleiche hat gestern Clara Zetkin mündlich gegenüber dem Reichstagspräsidenten Lössle getan. Der ausgeschlossene Reich behält nach wie vor seinen Sitz im Parlament. Die Abgeordneten, denen wegen ihrer Sympathie mit dem Lewischen Standpunkt der einstweilige Verzicht auf die Ausübung ihres Mandats ausgegeben ist, scheren sich den Teufel um das Gebot, und so sühnen in den Fraktionen Rechtsläubige und Ketzer einweisen mehr oder weniger friedlich beieinander. Der absolute Zusammenbruch der Partei wird durch nichts besser gekennzeichnet, als durch diese scheinbare Harmonie.

Einer von den Reichstagsabgeordneten, Teuber, hat es inzwischen aber schon satt bekommen. Er hat seinen Austritt aus der kommunistischen Fraktion erklärt. Da ihm die kommunistische Partei zu wild ist, hat er sich als „wilder“ Kommunist etabliert. Das Ganze könnte wie eine belustigende Poffe wirken, wenn es eben nicht Arbeiter wären, die bei diesem Spektakelstück die Statistenrolle übernehmen müssen.

Einer, der nicht „mitkämpfte“

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Reich aus Hamburg ist vor einigen Tagen aus der Partei ausgeschlossen und zur Niederlegung seines Reichstagsmandats aufgefordert worden. Reich hat diesem Befehl bisher keine Folge geleistet. Ueber die Gründe des Ausschlusses wird jetzt folgendes bekannt gegeben: Reich war für die Demonstration vom 23. März als Redner bestimmt worden. Statt nun an diesem Nachmittage zu der Demonstration zu erscheinen, ging Reich zur Bürgerkassensitzung und während draußen auf die demonstrierenden Arbeiter von der Sipo geschossen wurde, nahm Reich ruhig an der Bürgerkassensitzung teil. Am gleichen Abend fuhr Reich dann wieder nach Berlin, ohne sich auch nur irgendwie mit seinen Genossen in Verbindung gesetzt zu haben. Nach der Aktion zur Rede gestellt, gab er an, er sei durch berufliche Pflichten abgehalten worden. Hierfür hatten die Hamburger Genossen kein Verständnis und die Bezirksleitung erklärte Reich seiner Mandate für verlustig.

Reich hat also, genau wie Paul Lewi, nicht „mitgekämpft“. Der Ausschluss bedeutet für ihn ohne Zweifel eine Härte. Wenn alle Kommunisten, die nicht „mitgekämpft“ haben, aus der Partei ausgeschlossen werden sollten, dann müßte die Zentrale in erster Linie sich selbst ausschließen. Denn von der Zentrale nahm nicht ein einziges Mitglied an den eigentlichen Kämpfen teil. Die Anfertigung von verlogenen Parolen in den Clappenhauptorten wird schließlich nicht als Kampfhandlung angesehen werden können.

Arbeiter, seht Euch vor!

Der Bezirk Wasserkrante der R. A. P. D. hat sich in einer Entschliehung rückhaltlos auf den Boden der sogenannten Märzaktion gestellt. In der Entschliebung heißt es:

„Der Bezirksparteitag des Bezirks Wasserkrante der R. A. P. D. begrüßt den Beschluß des Zentralkomitees, festzuhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt und mußte und höher auf diesem Wege fortzuschreiten. Es verpflichtet sich alle Kommittees rasch und energisch zu heiligen. Es zeichnen sich die Massen in Bewegung und Aktion bringen zu können. Letztendlich aus wirtschaftlichen und politischen Ursachen mit allen zweckmäßigen Mitteln zu entscheiden, sie zu verheeren und zu zerstören.“

Nachdem die Zentrale und der Partelausschuß der R. A. P. D. in ihren Thesen und Leitlinien auch die Methoden, die während der Putschbewegung in Mitteldeutschland zum ersten Male angewendet worden sind, ausdrücklich gut-

geheißen und die Resolution Klara Zetkins gegen die Terrorakte mit allem Vorbedacht abgelehnt haben, besteht nunmehr die Gefahr, daß in Zukunft auch die wirtschaftlichen Kämpfe mit diesen angeblich neuen und bewährten Methoden „gesteigert“ werden sollen. Die Folge würde sein, daß jeder wirtschaftliche Kampf, auf den die Kommunisten Einfluß bekommen, durch „Reizmittel“ verfeuert und unmöglich gemacht wird. Da bleibt den Arbeitern keine andere Wahl übrig, als auch bei wirtschaftlichen Kämpfen den kommunistischen Einfluß rücksichtslos auszuüben. Die Polizeispiegelmethoden, von denen Lewi spricht, auch im wirtschaftlichen Kampf zur Anwendung gebracht, würden auch das letzte Einheitskollektiv der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, zerstückeln und die Arbeiter werden damit ein Spielzeug in den Händen ihrer Ausbeuter werden.

Die Polizeispiegel haben an der „Steigerung“ der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter durch besondere „Reizmittel“ sicher ein großes Interesse, die Reaktionen nicht minder. Die Arbeiter aber haben dieses Interesse nicht. Deshalb werden sie auf der Hut sein und die Rattenfänger der kommunistischen Parteizentrale mit samt ihren „bewährten“ Polizeispiegelmethoden zum Teufel jagen.

Maschinengewehrjustiz

Neue Urteile der Ausnahmegerichte

Das Ausnahmegericht in Halle bringt jeden Tag neue Beweise dafür, wie notwendig die Aufhebung der Ober-Terrorordnung ist. Wir tragen hiermit die wichtigsten Fälle vor. Die Arbeiter Willi Schneider (19 Jahre alt) und Willi Schulze (18 Jahre alt), haben sich den bewaffneten Arbeitern angeschlossen, um Lazarettdienste zu verrichten. Aus Angst und Sorge um ihre Eltern sind sie bald darauf wieder geflüchtet. Strafe: 1 Jahr 3 Monate Gefängnis für jeden Angeklagten.

Der 17jährige Paul Röber und der 20jährige Friedrich Haase aus Lößle haben sich der Hölzgarde in Wettin angeschlossen. Die Vernehmung des Haase geht nur langsam vorwärts. Vorliegender (ungebuddig): „Sie sind doch sonst nicht auf den Schabel gefallen! — Gehört Sie einer Partei an? — Gehört Ihr Vater der R. A. P. an? — Haben Sie schon an Versammlungen teilgenommen, in denen über die Diktatur des Proletariats geredet wurde? — Was Sie zu Hause den „Klassenkampf“? — Warum sind Sie auf diese Zeitung abonniert? — Sie haben früher das „Volkshorn“ gelesen? — Halten Sie für richtig, was darin steht?“

Die Angeklagten gaben an, kurze Zeit eine Waffe getragen zu haben. Gestohlen haben sie nicht, auch an Plünderungen waren sie nicht beteiligt. Strafe: Haase 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Gefängnis; Röber 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. — Der Maurer Fritz Häusler aus Bitterfeld hat ein Gewehr getragen, es aber weggeworfen, als es erfißt wurde. Der Angeklagte erklärte, gern für Freiheit und Brüderlichkeit zu kämpfen, aber nur im ehrlichen Kampf. — Vorliegender: „Die Brüderlichkeit kommt wohl nachher?“ Strafe: 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Gefängnis.

Der Schmied Karl Tiede (19 Jahre alt), Helzer Richard Zander (26 Jahre alt), Arbeiter Johann Bang (19 Jahre alt), Zuschläger Hermann Henze (17 Jahre alt), sämtlich aus Kamlin, hatten sich bewaffnet nach Bitterfeld begeben, Personen verhaftet, Züge durchsucht, Beschlagnahmen vorgenommen und sich nach Gröbers begeben. Bei Zander, der bereits wegen Notzucht und Körperverletzung bestraft ist, fand man auch ein Paar gestohlener Stiefel und ein gestohlenen Rad. Strafe: Tiede 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust; Zander 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust; Bang 1 Jahr Gefängnis; Henze 1 Jahr Gefängnis.

Vom eigenen Vater der Polizei übergeben wurde der 19jährige Fritz Karl, der sich nach seiner Angabe hat zum Mitläufer überreden lassen, um als Kranenträger mitzumachen. Der als Zeuge auftretende Vater behauptet, nach ihm zugerechneter Mitteilung habe sein Sohn sich das Pferd eines Erschollenen angeeignet. Der Vater lagte wehleidig, er habe den Sohn „zwecks Besserung“ zur Reichswehr getan, er sei aber dort noch schlechter geworden. — Die Sache wurde verurteilt.

Das Sondergericht in Torgau verurteilte den Schlosser Tiede zu 10 Jahren Zuchthaus, den Arbeiter Bangnickel zu 6 Jahren Zuchthaus, und 7 weitere Angeklagte zu je 5 Jahren Zuchthaus. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Es wurde ihnen zur Last gelegt, den Plan gehabt zu haben, die Elbbrücke und die Husarenkaserne zu sprengen.

Das Erfurter Ausnahmegericht verurteilte am Donnerstag den Maurer Alfred Scheller-Erfurt, in dessen Schrebergarten eine Kiste mit Munition und Sprengstoffen gefunden worden war, zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Ferner verurteilte es den Schichtarbeiter Paul Eilke aus Stadthausen zu 6 Jahren und den Konditor Bruno Böttcher aus Nordhausen zu 7 Jahren Zuchthaus. Beiden wurde der Dynamitanschlag auf die Bahnhofsstraße Wolframshausen-Nordhausen zur Last gelegt.

Die hier vorgetragenen Fälle sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Tätigkeit der Ausnahmegerichte. Es wird nicht Recht gesprochen, sondern Maschinengewehrjustiz ausgeübt. Ohne Prüfung des Beweismaterials, ohne Rücksicht auf die strafmildernden Umstände werden die Angeklagten in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Selbst der „Vorwärts“, der bisher den Ausnahmegerichten die Daseinsberechtigung nicht abzuspüren wagte, kommt angesichts dieser Schreckenjustiz zu der Erkenntnis, daß es höchste Zeit sei, die Ausnahmegerichte zu beseitigen.

Kommunisten für Sondergerichte

Daß der von den Kommunisten gegen Sondergerichte und Klassenurteile geführte Kampf nur ein scheinbarer ist und daß gewisse Kommunisten in Wirklichkeit nichts lieber wünschen, als eine Häufung von Blut- und Zuchthausurteilen gegen ihre eigenen Parteigenossen, zeigt in plausibler Weise die Berliner „Rote Fahne“ vom Donnerstag. Darin wird die „Freiheit“ angegriffen, weil sie gegen die unethischen Urteile gesprochen und unter anderem auch bemerkt hat, daß damit starke Erregungstoffe geschaffen werden. Daraus zieht nun die „Rote Fahne“ folgenden Schluß:

„Die „Freiheit“ fürchtet sich vor der wachsenden Empörung der Arbeiter. Sie rät dem Staatsanwalt die Arbeiter nicht zu prozessieren. Sie läßt durchblicken, was sie an anderer Stelle schon öfters offen ausgesprochen hat, daß sie selber viel besser als der Staatsanwalt die Kommunisten unschuldig zu machen willens und imstande sei.“

Der logische Sinn dieser Bemerkung also ist: Kein Kampf gegen die Sondergerichte, kein Kampf gegen deren Zuchthausabteilung. Je empörender die Organe sich aufzuführen, je mehr Arbeiter sie in Gefängnis und Zuchthaus werfen, um so willkommenere sind sie. Nur wenn ein Mitglied der Zentrale oder ein Redakteur der „Rote Fahne“ davon betroffen wird, dann wird ein Geschrei erhoben und dann nimmt man auch gern zur Abgeordneten-Immunität Zuflucht. Hier bricht die Logik der Kommunisten ab. Die Kaimwasserhellenkalt, nach der Lewi verzweifelt rief, scheint fürwahr dringend notwendig zu tun.

Die Bürgerlichen provozieren Lärmereien

Wortentziehung des Pfarrers Lichtenberg — Der Fall Snyt

Von den Beratungsgegenständen, die auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung standen, erledigte die Versammlung nur den allerleinsten Teil. Die Schuld dafür, wie für die heftigen Zusammenstöße, die sich während der Sitzung ereigneten, trug nur die Rechte. Einer ihrer beiden Sprechenden, der Pfarrer Lichtenberg, suchte in einer persönlichen Bemerkung die bereits beendete Debatte über die Schulfrage erneut zu entfachen und legte trotz zahlreicher Verwarnungen des mit außerordentlicher Milde vorgehenden Vorsitzers den Versuch fort, seine wohlvorbereitete Attacke gegen den Stadtschulrat trotz des Schlußes der Debatte noch anzubringen. Als alle Ermahnungen, sich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu halten, aber nichts fruchteten, wurde ihm schließlich durch Beschluß der Versammlung das Wort entzogen.

Dieses Auftreten des Pfarrers Lichtenberg ist bezeichnend für das Verhalten der bürgerlichen Parteien überhaupt. Mehr noch als die Kommunisten sind sie es, die absonderliche Eindrücke und Einflüsse die Stadtvorordnetenversammlung in ihren sachlichen Beratungen hemmen. In einigen Geschäftsordnungsbemerkungen wurde das von den Rednern der Linken festgenommen, wobei bezeichnend war, daß sich die bürgerlichen Parteien nur schüchtern dieses Vorwurfs zu erwehren suchten.

Eine längere Debatte verursachten die Anfragen und Anträge über den Fall Snyt und das Verhalten des Magistrats bei der Beurteilung der städtischen Arbeiter am Tage seiner Beerdigung. Auf Angriffe der Demokraten stellte der Oberbürgermeister Boech fest, daß von einer Drohung der Arbeiterkassen gegen den Magistrat nicht die Rede sein könne, und daß trotz der Einschränkung des Betriebs der Straßenbahn die Einnahmen fast genau so groß waren, wie an anderen Tagen. Nach dieser Erklärung zogen die Demokraten ihren Antrag zurück. Die Erledigung der übrigen Anträge aber wurde infolge Beschlusses unfähigkeit vertagt.

Sitzungsbericht

Der Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Weyl eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr. Er gibt zunächst einen Dringlichkeitsantrag der Deutschen Nationalen Fraktion bekannt, der vom Magistrat die Zurückziehung der Verfügung verlangt, wonach mit rückwirkender Kraft ab 1. Februar d. J. den Beamten und Angestellten, die Kost und Wohnung bekommen, infolge der Verteuerung der Lebensmittel ein höherer Betrag vom Gehalt abgezogen werden soll. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung verhandelt.

Alsdann wird die in der letzten Sitzung vertagte Debatte über das Programm des Stadtschulrats Paulsen fortgesetzt. Als erster Redner erhält das Wort der Stadtvorordnete Dr. Bierbach (D. V.), der nach längeren Ausführungen zu einer Ablehnung des Programms kommt.

Die Debatte wird unterbrochen um die Einführung des Räumers Dr. Karbing vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister Boech begrüßt den Stadtkämmerer und weist dabei auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Finanzlage hin. Er kommt auf die „Los-von-Berlin“-Bewegung zu sprechen und die Hindernisse, die der neuen Stadtgemeinde bereitet werden. Schließlich bittet er den Kämmerer, sich in seinen Handlungen von keiner Seite beeinflussen zu lassen, gleichviel ob es einer Mehrheit oder Minderheit angenehm ist oder nicht.

Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Weyl begrüßt den Kämmerer namens der Versammlung und sagt dabei, daß das Landessteuerrecht der Stadt noch das Recht der Steuerfindung lasse. Weiter drückt er die Hoffnung aus, daß der Kämmerer auch an die kulturellen und sozialen Aufgaben denken werde.

Stadtkämmerer Dr. Karbing dankt für seine Wahl und verspricht, seine ganze Tätigkeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Runmehr geht die Schuldebatte fort. Stadtvorordnete Goh (K. P. D.) verwirft in längeren Ausführungen das gegenwärtige Schulsystem und spricht sich für die Gemeindeforschule aus.

Stadtvorordnete Halle (Zit.) lehnt nach gleichfalls sehr langatmigen Ausführungen die Paulsen'schen Schulpläne ab. Mit den Löwenstein'schen Ausführungen über den historischen Materialismus legt er sich besonders auseinander.

Runmehr wendet sich in einer persönlichen Bemerkung, die aber den Rahmen einer solchen sowohl dem Inhalt wie der Länge nach außerordentlich überschreitet, der Stadtvorordnete Pfarrer Lichtenberg gegen Ausführungen des Stadtschulrats Paulsen in der vorigen Sitzung. Da seine Ausführungen von vornherein deutlich die Absicht fundgeben, die Geschäftsordnungsbestimmungen zu mißachten und Erregung in die Versammlung zu tragen, so begegneten seine Ausführungen dauernd lauten Zwischenrufen und führten bei manchen Stellen infolge des fassen Pathos des Redners zu wiederholten Ausdrücken ungeduldiger Heiterkeit auf der Linken. Redner wird vom Vorsitzenden mehrfach ermahnt, die Grenzen der persönlichen Bemerkung innezuhalten. Er fährt jedoch in derselben Weise fort und nach nochmaliger mehrfacher Verwarnung fragt der Vorsitzende, Dr. Weyl, entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung, die Versammlung, ob dem Stadtvorordneten Lichtenberg

das Wort entzogen werden solle. Die gesamte Linke stimmt für die Wortentziehung, und Lichtenberg tritt ab.

Run entspinnt sich eine heftige Geschäftsordnungsdebatte. Stadtvorordnete Heilmann (S. P. D.) gibt sein Bedauern darüber Ausdruck, daß die bisher sachliche Debatte einen derartigen Ausgang nahm. Die Rechte habe nur ein Theater ausgeführt. Nachdem noch einige Redner gesprochen haben, erklärt schließlich der Stadtschulrat Paulsen, daß er den Stadtvorordneten Lichtenberg nicht verdächtigt, wohl aber in Schutz genommen habe. Durch einen Schlußantrag wird nun endlich die Debatte beendet. Es liegen zwei Anträge vom Zentrum und den Demokraten vor. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dove und Genossen angenommen; der zweite Teil des Antrages Dr. Schmidt, welcher verlangte, daß der Stadtschulrat Schritte zur Umgestaltung des Schulwesens nur mit Genehmigung der Schuldeputation vornehmen dürfe, abgelehnt.

Es folgte eine dringende Anfrage des Stadtvorordneten Snytt und Genossen (D. V.): Nach Zeitungsberichten soll eine Verfassung des Stadtschulrats lange angedauert haben, daß nur solche städtischen Beamten und Angestellten Urlaub zur Beerdigung der ehemaligen Kaiserin erhalten sollten, die eine schriftliche oder gedruckte Einladung zu den Beerdigungsfeierlichkeiten vorweisen könnten. Der Antrag wurde vom Stadtvorordneten Dr. Caspari (D. Vp.) begründet.

Stadtvorordnete Vange: Der Magistrat mußte allerdings einen Unterschied machen zwischen einer Bestätigung des Leichenbegängnisses und einer Teilnahme an der Beerdigungsfeierlichkeit. Der Standpunkt des Magistrats sei vollständig korrekt. Eine weitere Besprechung der Sache werde für einen späteren Punkt der Tagesordnung vorbehalten.

Stadtvorordnete u. Gen. (Dnail.) haben folgenden dringenden Antrag gestellt: „Zur Beerdigung des Obermahlsteinen Snyt sind dem Vernehmen nach 20 000 städtische Arbeiter mit Lohn und Gehalt beurlaubt worden. Hierdurch soll der Stadt eine Ausgabe von mehr als 1 Million erwachsen sein. Der Magistrat wird ermahnt, Auskunft zu erteilen, ob dies der Wahrheit entspricht und wie er diese die Steuerzahler belastende Anforderung zu rechtfertigen gedenkt.“ Nach längerer Begründung des Antrages durch Stadtvorordnete Kirchner (D. nat.), der unverständlich blieb, erklärte

Oberbürgermeister Boech: Der Magistrat habe eine Umfrage angefertigt und dabei sei festgestellt worden, daß 18 000 Arbeiter und Angestellte zur Teilnahme an dem Begräbnis beurlaubt worden seien. Es seien der Stadt dadurch 650 000 M. an Ausgaben entstanden, doch seien die zur Ruhe gekommenen Arbeiter nicht durch Einstellung anderer Arbeiter nachgeholt worden, sondern durch Mehrleistungen, so daß eigentlich keine wesentlichen Kosten für die Stadt entstanden seien. Bei den Straßenbahnlagen, die bei der Störung durch den Leichenzug in Frage kommen, habe es sich um ein sich unwirtschaftliche Linien gehandelt. Snyt habe 12 Jahre im Dienste der Stadt eine Kasse gespielt und in zahlreichen Lohnverhandlungen die Interessen der Arbeiter geleitet und deshalb sei die große Teilnahme der Arbeiter begründet. Diese neigten zunächst zu einem allgemeinen Proteststreik, dann zu einem ständigen Streik und der Magistrat habe schließlich im öffentlichen Interesse gehandelt, als er den Arbeitern in der Weise, wie es gesehen, entgegenkam.

St. V. Dr. Kirchner (Komm.) behandelte nochmals den ganzen Fall Snyt, wie er sich abgepielt habe. In langer Rede häufte der Redner eine ganze Reihe von Angriffen gegen die Darstellungen, die polizeilich über die Erziehung des Snyt gegeben wurde und beklagt, daß der Oberbürgermeister nicht nachdrücklich bei dem Polizeipräsidenten dahin gewirkt habe, daß solche Schiebereien bei Vorführungen von Verhafteten aufhöre.

Oberbürgermeister Boech erklärt, daß nach einer Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten über solche Vorkommissionen verhandelt und Schieberereien im Polizeipräsidentium vermieden werden sollen.

Magistratsrat Alberti gibt die Erklärung ab, bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses über die Berechtigung der Kündigung stehe nichts der Auszahlung des dreimonatlichen Gnadenlohnes an die Witwe Snyts mehr entgegen. Sollte die Kündigung als gerechtfertigt erklärt werden, dann stehe der Witwe kein Ruhegehalt zu.

St. V. Dr. Wilkows (Dem.): Der Zweck des demokratischen Antrages sei durch die Antwort des Oberbürgermeisters erfüllt. Man müsse doch fragen, wie der Magistrat eine solche Demonstration ermöglichen konnte.

Stadtvorordnete Dettmer (U. S. P.) erklärte, daß die Arbeiter auf Grund des Tarifvertrages zur Teilnahme an der Beerdigung berechtigt gewesen seien. Er spricht weiter die Erwartung aus, daß die bürgerlichen Parteien im Interesse der Hinterbliebenen des Snyt dem Antrag auf Zurücknahme der Kündigung zustimmen werden.

Stadtvorordnete Dr. Caspari (D. Vp.) mißbilligt die Haltung des Magistrats. Wieder einmal sei der Magistrat vor der Drohung der Arbeiter zurückgewichen.

Oberbürgermeister Boech bestritt, daß ein Zurückweichen vor Drohungen erfolgt sei. Es hätten Ausreden stattgefunden, die zur Verständigung geführt haben.

Stadtvorordnete Wermuth (S. P. D.): Die Tätigkeit Snyts sei auf Zerstörung und Verbeugung gerichtet gewesen und habe das Allgemeininteresse der Stadt geschädigt. Der Magistrat habe die Stadt vor weiteren Millionenverlusten bewahrt. Trotz allem empfehle er dem Magistrat, einen Ausgleich zu suchen, um die Not der Familie Snyts zu mildern. Der Redner stellt einen dahingehenden Antrag, der zur Abstimmung nicht mehr kam, da Stadtvorordnete Koch (Dnail.) die Beschlussfähigkeit bezeugte. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Schluß 1/10 Uhr.

die in einen dringenden Appell zur Bildung einer Einheitsfront in der Bekämpfung der Tuberkulose auslief. Dr. Koles wies auf die ganz besondere Gefahr der Schließung von Heilstätten hin, welche sich unter Umständen nach dem 1. Mai noch steigern könne. Der Staat müßte unbedingt Mittel zur Verfügung stellen, um dieses zu verhindern und dem Massensterben Einhalt zu gebieten. Aber auch die Arbeiter selbst müßten der Frage betriebl. Ausbringung von Mitteln näher treten. Professor Kaiserling schloß sich diesen Ausführungen an und wies ganz besonders auf die Gefahr im Fürsorgewesen hin. Er erklärte, mit dem Verband auch weiter Hand in Hand arbeiten zu wollen und begrüßte den Zusammenschluß der Lungenkranke.

Die Vertreter der Parteien erklärten sich zu gemeinsamer Bekämpfung der Tuberkulose bereit. Ein eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Bewilligung von Geldmitteln, welchen die Fraktionen im Reichstag, Landtag und in den Kommunen unterstützbar stellen sollten, fand einstimmige Annahme. Zur Kleider- und Schuhgeldfrage wurde von den Vertretern der Heilstätten Kathenow und Möhrke auf das unbillige Verlangen hingewiesen, zwei Anträge, zwei Paar Schuhe, zwei Decken, in anderen Heilstätten sogar acht Hemden und anderes mehr mitzubringen. Dadurch würde vielen Patienten eine Heilstättenkur von vornherein unmöglich gemacht. Die Entziehung von Kleider- und Schuhgeld hat in verschiedenen Heilstätten zu harten Auseinandersetzungen mit der Verwaltung geführt. Auch hier hätte der Staat eingreifen müssen, am Bergweilungsakte der Kranken zu verhindern.

Die Konferenz war übereinstimmend der Auffassung, daß die Arbeiterparteien, Landes- und Reichsversicherungsanstalten, Gewerkschaften und Krankenkassen gemeinsam mit dem Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken die Schließung der Heilstätten verhindern, und Staat und Kommune Geldmittel bis zur Erreichung der Bewilligung des gestellten Dringlichkeitsantrages vorstrecken müssen.

Zu Auskünften in der Frage der Tuberkulosebekämpfung erklärt sich bereit: Paul Hennig, Berlin NW. 87, Wiclisstr. 36, 2 Tr.

Annahme des Reichsmietengesetzes im Reichsrat

Der Reichsrat beschäftigte sich auf Grund des Berichtes seiner Ausschüsse mit dem Gesetzentwurf zur Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Die Ausschüsse, über deren Verhandlungen Ministerialdirektor Dr. Conze berichtete, haben die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. Der Gesetzentwurf bringt im Wesentlichen eine Kodifizierung der bisherigen Bestimmungen auf dem Gebiete der Regelung der Mieten. In der Regierungsvorlage ist der Gebote festgehalten, daß eine gesetzliche Miete nicht ohne weiteres an Stelle der vertraglich vereinbarten Miete die gesetzmäßige gesetzt wird. Bei der gesetzlichen Miete wird ausgegangen von der Friedensmiete des Jahres 1914. Nur wo eine solche nicht besteht, tritt eine Schätzung nach dem ortsüblichen Satz ein. — Das Plenum des Reichsrats nahm den Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Ausschüsse gegen die Stimmen Württembergs und Odenburgs an.

Die litauisch-polnische Konferenz

Berlin, 21. April.

Ueber die Eröffnung der litauisch-polnischen Konferenz in Brüssel ist bei der hiesigen litauischen Gesandtschaft folgendes Bericht eingegangen:

Gestern um 5 Uhr nachmittags eröffnete Symans in den Räumen des Außenministeriums die Konferenz. Die litauische Delegation unter Führung von Galvanavskas war fast vollständig erschienen. In Stelle des bisherigen polnischen Vertreters beim Völkerbund, Professor Asenagos, war der polnische Geschäftsträger in Brüssel Graf Sobanski erschienen. Symans erklärte, daß er nicht Schiedsrichter, sondern unparteiischer Vermittler sei und wies mit Nachdruck auf die Bedeutung des Konfliktes und die Notwendigkeit seiner Lösung hin. Die Verhandlungen werden vermutlich zehn Tage dauern. Vor dem Schluß der Sitzung ergriff Galvanavskas das Wort und erklärte es im Hinblick auf das gedehnte Fortschreiten der Verhandlung für wünschenswert, daß die polnische Delegation den Bedingungen des Vertrages von Suwalki Rechnung trage.

Wegen Beerdigung des Reichspräsidenten und des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann wurde der Ingenieur Frauag Kurt Lehmann von der 2. Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt. Lehmann, der sich mit allerlei Gelegenheitsgeschäften befaßt, hatte bei einem Kaufangebot im Reichsfinanzministerium sich bereit erklärt, dem mit der Abwicklung des Geschäftes befaßten Beamten aus seinem Gewinn Zuwendungen zukommen zu lassen, und dabei bemerkt, daß in ähnlichen Fällen „auch Ebert und Scheidemann solche Gelder bekommen hätten“.

Keine „nationale Einheitsfront“ in Württemberg. Die im württembergischen Landtag von den Rechtsparteien angebotene Bildung einer „nationalen Einheitsfront“ ist an der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratischen und Demokratischen Fraktionen im Zentrum und der Deutschen Volkspartei hatte die Anregung fremdliche Aufnahme gefunden. Die Regierung ist in Württemberg aus Demokraten und Zentrum zusammengesetzt.

Ausgeschnitten!

Unternehmer und Preisabbau

Die Riesengewinne der Unternehmungen sind die wichtigsten Ursachen für die Verhinderung des Preisabbaues. Mit welcher Deutlichkeit aber die Unternehmer die Ursachen zu verschleiern suchen, zeigen einige Bemerkungen in dem Geschäftsbericht der Berliner Holzkontor-Aktiengesellschaft, in dem für die Unmöglichkeit der Preisentzug u. a. die Steigerung der allgemeinen Kosten und der Löhne angegeben wird. Darauf steht sich selbst das „Berliner Tageblatt“ zu folgender Erwiderung gezwungen:

„Gehemmt wird der Preisabbau, wie wir schon verschiedentlich nachgewiesen haben, aber auch durch die übermäßig reichlichen Gewinnkalkulationen, auf die viele Zustimmen, um dem Risiko einer etwaigen Geldentwertung in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen, noch nicht verzichten zu können meinen. Gerade dadurch wird aber die beschriebene Geldentwertung mit Sicherheit herbeigeführt. Die Berliner Holzkontor Akt.-Ges., die so treffliche Lehren zu geben versteht, hat im Jahre 1920 ihren Reingewinn von 3 195 748 M. auf 13 685 813 M. erhöht, so daß dieser über das im abgelaufenen Jahre von 6 auf 9 Mill. M. erhöhte Kapital wesentlich hinausgeht. Auch dieser ausgewiesene Gewinn kennzeichnet noch keineswegs die Gesamthöhe des Ertrages der Gesellschaft, denn laut Mitteilung im Geschäftsbericht hat diese diesmal (wogu die weidende Konjunktur vielleicht in gewissem Umfang berechnete) ihre Lagerbestände und Fortschleife mit besonderer Vorsicht bewertet, d. h. erhebliche Teile des Gewinns vorweg darauf abgeschrieben. Die von 22 auf 30 Proz. erhöhte Dividende (einschließlich Bonus) nimmt nach den geringsten Teil des Reingewinns in Anspruch, nämlich

2,7 Mill. M. Weiterhin werden einer Steuerrückstellung 2 Mill. Mark, dem Reservefonds I 562 714 M., dem Reservefonds II 2 450 000 M., einem Wertberichtigungsconto 2 Mill. M. und dem Versicherungsfonds 1 720 000 M. überwiesen, das letztere mit der Begründung, daß die Unterbringung aller Feuerlisten in voller Schadenhöhe vielfach unmöglich ist. Die sozialen Fonds schließlich werden mit 1,5 Mill. M. notiert. Und alles das segelt unter der Flagge Preisabbau.“

Bekämpfung der Tuberkulose

Am Sonnabend, den 16. April, hatte der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands im Berliner Rathaus eine Konferenz einberufen mit der Tagesordnung:

1. Die Gefahr der Schließung von Heilstätten infolge finanzieller Schwierigkeiten.
2. Stellungnahme zu dem von den Landesversicherungsanstalten Deutschlands, außer Berlin, in Lübeck gefassten Beschluß betr. Entziehung von Schuh- und Kleidergeld usw.
3. Einheitslicher Kampf des gesamten Proletariats und seiner Führung gegen die Tuberkulose.

Zu dieser Konferenz waren geladen die Reichs-, Landtags- und Stadtvorordneteninstanzen der S. P. D., U. S. P. D. und K. P. D., die Vertreter der Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg, ferner die Arbeitnehmervertreter dieser Instanzen und schließlich Delegationen von verschiedenen Heilstätten. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hatte keinen Vertreter geschickt.

Der Vorsitzende des Verbandes eröffnete die gutbesuchte Konferenz mit Verlesung einer Entschließung, in welcher auf die zur Abwehr der Gefahr der Tuberkulose hingewiesen wurde und

Druckfache

Stm die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin 62

Breite Straße 8-9



Wieder 2 Angebote!!

von besonderer Preiswürdigkeit

links: **Moderner Mantel** 145.-
 rechts: **Flotter Blusen-Mantel** 195.-

Das leistungsfähige Damen- u. Kinder-Konfektions-Haus

Siegmund Eisenstaedt

Im Osten: Frankfurter Allee 72
 Im Westen: Hauptstrasse 154
 Kinder-Konfektion nur Frankfurter Allee (L. Stock).

Kostüme		
frische Formen, Ausserst billig!!	195.-	295.-
	575.-	875.-
Mäntel		
Covercoat und Tuch	178.-	285.-
	395.-	750.-
	750.-	750.-
Phantasie-Stoffe		
	125.-	165.-
	275.-	495.-
Imprägnierte Stoffe u. Seide		
	125.-	195.-
	295.-	475.-
Kleider		
Wash, Wolf- und Seiden-Stoffe	48.-	98.-
	198.-	435.-
Blusen und Röcke		
ebenfalls sehr billig!!!		

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
 7 Uhr: Das Postamt
 Die Komödie der Jünglinge

Neues Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Verlies von Tyrus

Staatstheater
 8 Uhr: Siegfried

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Faust I.

Kammerpiele
 4 Uhr: Kräfte

Großes Schauspielhaus
 7 Uhr: Ein Sommertraum

Königsgräber Str.
 7 1/2 Uhr: Rugby

Komödienhaus
 7 30 Uhr: Die Sache mit Lola

Berliner Theater
 7 10 Uhr: Das Milliarden Souper

Stranone Theater
 7 1/2 Uhr: Rosen

Residenz Theater
 7 1/2 Uhr: Das Privileg

Kleines Theater

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
 Friedrichstraße 218
 Gastspiel des Wiener
 Bonacher-Theaters mit
 Erich Kaiser-Titz
 sowie
 8 weitere Sensationen

Residenz-Kasino

Blumenstraße 10
 Täglich:
BALL

STEIDL-THEATER

Moritzplatz
 (früher Duggenbogen)
 Dir.: S. Wreschinski
 Täglich:
 Fritz Steidl-Sänger
 Fritz Steidl, Kurt Roling,
 Max Grothe, Rob. Stephan
 usw. Zum Schluss:
 Orchester eines Berliner
 Ukkade von Fritz Steidl
 Helzel-Orchester / Anf. 7 1/2 U.
 Preise in h. M. 10.-, 5.00 Mk.
 Sonntag-Nachmittagvorst.
 halbe Kassenpreise
 Vorverkauf täglich
 von 11-1 Uhr a. d. Kasse

12 Schlager

Auf Teilzahlung!
Anzüge
 für Herren u. Jünglinge
 billig und nach Maß
 prima Verarbeitung.

Stolzmann

Belle Alliancestr.
100

Großes Schauspielhaus

Abonnement
 1921/1922

7. Abonnement-Vorstellung im
7. Deutschen Theater

Jeder Abonnent des Großen Schauspielhauses für die Spielzeit 1921 bis 1922 hat das Recht auf eine siebente Abonnementvorstellung im Deutschen Theater. Die Preise für diese siebente Abonnementvorstellung sind dieselben wie die einer Einzelvorstellung des Gesamtabonnements für das Große Schauspielhaus und bedeuten somit eine aussergewöhnliche Ermässigung gegenüber den Kassenpreisen des Deutschen Theaters. Die Inhaber der bereits gelösten Abonnementhefte 1921/22 haben das Recht, innerhalb der nächsten vier Wochen, von Freitag, den 22. April d. J. ab, den Gutschein für die siebente Vorstellung an der Abonnementkasse des Großen Schauspielhauses, Wochentage 10-2 und 6-8, gegen Vorzeigung des Abonnementheftes 1921-1922 nachzulösen.

Briefmarken

kauff Großmann, Johannisstr. 4.
 Zugang o.B. Friedrichstr. (Str. 108) Norden 100 21

Pelz-Aufbewahrung

einschließlich
 Pflege und Versicherung.
 volle Gewähr gegen

Mottenschaden

Kostenlose Abholung

Maassen

Oranienstr. 165 Leipzigerstr. 42

H.F.B. 13. Bezirk

Am 17. April fand unter
 a. d. Vorsitz von
Max Jork
 Wollener Straße 42
 die Einlieferung an
 am Sonnabend, den
 23. April, nachm. 5 Uhr,
 im Krematorium, Gericht-
 straße 57, statt.
 Ihre lieben Angehörigen!

Allgemeine Ortskrankenkasse

für den Stadtbezirk Köpenick.

Hiermit laden wir die Mit-
 glieder des Ausschusses zu der
 am Freitag, den 20. April d. J.,
 abends 7 1/2 Uhr, im Schloß-
 Restaurant, Jahaber Straße,
 bei der Straße 1, stattfindenden

Ordentlichen

Ausführung

ein.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht
 2. Abnahme der Jahresrechnung
 für 1920.
 3. Zusammenlegung von Orts-
 krankenkassen.
 4. Beschlußnahme.
 Die Ausschuss-Mitglieder er-
 halten nach besondere Ein-
 ladung.

Ordnungs-
 Nr. 10, April 1921
 Der Vorstand
 Otto Röhl, Vorsitzender.

Tafel-Block-Schokoladen

Schmelz, Milch, Obst,
 Kakao, u. Creme,
 Schokoladenplättchen,
 Waikäfer
 für Wiederverkäufer
 Sch. eider, Rodenbar str. 9

Gold-, Silber-, Platin-

Sachen, Uhren, Fächer, Münzen, Edelsteine
 kaufen zum reell u. Preise

Wir schlagen Jeden Rekord!
Ratzlaff & Zimmer
 Unter den Eichen 51

Wir empfehlen:

G. E. G.
Makkaroni
 (Pfeifen)
 Pfund 8.- Mark

Eine vorzügliche Ware, die aus feinstem
 amerikanischen Hartweizenmehl hergestellt ist.

Vorrätig in allen Verkaufsstellen der
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend
 e. G. m. b. H.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
 gestorben sind:
 Der Arbeiter
Vincenz Schmidt
 am 19. April. Die Beerdigung findet am Freitag, den
 22. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Reichenhalla des
 Elisabeth-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.
 Der Arbeiter
Hans Giese
 am 19. April. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den
 22. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Reichenhalla des
 Elisabeth-Kirchhofes in Pankeo, Wehlenstr., aus statt.
 Der Arbeiter
Georg Mögeln
 Trausenstraße 21, am 20. April. Die Beerdigung findet
 am Montag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, im
 Krematorium, Gerichtstraße, statt.
 Der Arbeiter
Emil Grütz
 am 20. April. Die Beerdigung findet am Montag, den
 25. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium, Gericht-
 straße, statt.
 Ihre lieben Angehörigen!
 Regere Beteiligung wird erbeten.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Piniensr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Samstag, den 24. April 1921, vormittags 9 1/2 Uhr

Versammlung
 der Kesselschmiede und Helfer sowie
 der dazu gehörenden Berufe
 in Fehlbela Gasse, Colberger Straße 23

Tagesordnung:
 1. Jahresbericht der Gewerkschaftskommission.
 2. Neuwahl derselben.
 3. Branchenanträge, 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Branchen-Versammlung

der Walzwerke, Bleis, Drahtkabel,
 Papierrohr-Arbeiter u. Arbeiterinnen
 in „Schutz“ Prachtstr. 1, Königgräben 2, am Alexanderplatz

Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Redatoren.
 3. Branchenanträge, 4. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung

der Emailer und verwandten Berufe
 Groß-Berlins
 im „Friedrichs Garten“, Friedrichsstraße 6a, Ecke Prinzenstr.

Tagesordnung:
 1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
 2. Anträge.
 3. Branchenanträge und Verschiedenes.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung

Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.
Einladung
 zur ordentl. Ausschusssitzung der Betriebs-
 krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin
 am Sonnabend, d. 30. April 1921, abends 8 Uhr,
 im Sitzungssaal Nr. 63 des Rathhauses in Berlin,
 Königstraße 18/19, Eingang Jägerstraße, II. Aufgang.

Tagesordnung:
 1. Abnahme der Jahresrechnung 1920.
 2. Änderung der Satzung und Geschäftsordnung:
 Besondere Vorarbeiten der beabsichtigten Satzungsänderung
 geht den Mitgliedern des Vorstandes und des Ausschusses
 nach zu.
 3. Beitragsveränderung auf 7%.
 4. Verschiedenes.
 Anfragen oder Beschwerden, zu deren Erledigung
 Mitwirkend oder anderweitige Befreiungen erforderlich
 sind, müssen mindestens 3 Tage vorher beim Vorsitzenden
 des Vorstandes eingereicht werden.
 Der der Sitzung feht
 um 8 Uhr in derselben Zimmer
 die übliche Vorberichterstattung unter den Ausschussmitgliedern statt.
 Berlin, den 19. April 1921.
 Der Vorsitzende
 des Vorstandes der Betriebskrankenkasse
 der Stadtgemeinde Berlin.
 Dr. H. G. J. G.

Ausgeschnittene! 1 Exemplar der zwei in 1 täglich erscheinenden Zeitung "Freiheit" Berlin'sche Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands mit der in jeder Nummer einmal erscheinenden "Freie Welt" - halbjährlich, Mk. 10.- monatlich, Mk. 5.- bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
 Straße: _____
 Diese Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Aufsichtsrat Groß-Berlins Wohnungsbauamt Berlin

Groß-Berlin

Nach Fürstenwalde

Mit der Einführung des erhöhten Fahrpreises am 1. Juni wird der Besuch Fürstenwaldes — selbst mit der Borsortbahn — immerhin so verteuert sein, daß es angebracht ist, dieses Städtchen jetzt noch einmal zu besuchen.

Nachdem wir Fürstenwalde mit seinem nach der Entsetzungszeit (15. Jahrhundert) wiederhergestellten Rathaus nach Süden durchquert haben, gelangen wir auf der massiven Brücke über die Spree, hier rechts und sogleich links auf die Storkower Chaussee.

Jetzt, zur Zeit der Baumbüte, geleitet sie uns mit ihren Apfelbäumen besonders angenehm nach Rauhen mit seiner massigen, wenn auch nur kleinen Feldsteinkirche. Bei einer mehrfachen Weggabelung im Dorfe weisen uns die Wegweiser auf den ansteigenden Weg zum steinernen Tisch und zu den „Markgrafensteinen“.

Der größte von ihnen (4,7 Meter über, 1,9 Meter in der Erde) wurde gesprengt und das größere Stück kunstgerecht geschnitten. Es ist, wie vielen Berlinern immer noch unbekannt sein dürfte, die große Granitkugel im Lustgarten. Zweifelslos hätte der ganze Stein (Gesamthöhe 8,5 Meter) ein weit schöneres Naturdenkmal abgegeben, wenn man ihn dort hätte liegen lassen, wohin ihn die Gewalten des nordischen Eises vor Jahrtausenden trugen.

Von den Steinen können wir uns auf den verschiedensten Wegen nach Petersdörfen wenden, am empfehlenswertesten um den Nordhang der Berge herum (immer oben bleiben, Aussicht nach Fürstenwalde), zuletzt aus dem Fahrwege nach Petersdörfen, hier um die Südspitze des Sees und über die Nebenbahn zu den weithin sichtbaren Soldatenbergen empor.

Wir streifen über Weg und Steg zum Gipfel. Hin und wieder stehen wir überrascht still, wenn sich uns zwischen den höchsten prächtigen Ausläufer nach Fürstenwalde oder auf den Petersdörfen See bieten. Dieses ziellose Umherstreifen hier, wie auf den mühelos an Hand der Karte zu findenden Dubrowbergen lohnt sich zweifellos mehr, als der Besuch der bekannteren, aber fast gar keine Aussicht bietenden Rauhen Berge. Beim Aufstieg auf die Dubrowberge folge man immer dem schon von ferne grünen Holzgerüst. Wer nicht gerade ängstlich ist, klettere hinauf. Ein prächtiger Blick auf den Scharmühlfsee, Alt-Golm und Langewahl wird ihn belohnen. Denen, die ablocken wollen, sei verraten, daß sie, von einigen kleinen Tannen verborgen, am Fuße des Berges eine Quelle darfinden. (Vom Turm aus nordwärts.) Auf der Chaussee gelangen wir über Langewahl und Reischendorf wieder nach Fürstenwalde und haben ein neues, nicht durch große Schönheit, aber durch seine Eigenart ausgezeichnetes Stück märkischer Erde gesehen.

Die Kriegsbeschädigten und ihre Rente!

Man schreibt uns: Seit einem Jahre warten die Kriegsbeschädigten auf Anerkennung der Rente des neuen Mannschaftsversorgungsgesetzes. Das Arbeitsministerium hat vor einigen Wochen eine Bekanntmachung herausgegeben, daß die Auszahlung der Rente längere Zeit in Anspruch nehme.

erkennen wäre, so sehen die Kriegsbeschädigten nicht ein, warum die vom Reichstag bewilligte Auszahlung der Grundrenten nach vier Monaten noch nicht zur Auszahlung gelangt ist. Die bis zu 80 Prozent Kriegsbeschädigten, die sich schon lange auf die Auszahlung der Rente eingerichtet haben, um den so notwendigen Anzug usw. Stiefel kaufen zu können, fragen den Reichsarbeitsminister, wann endlich die 10 Prozent gezahlt werden.

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß, das waren die Worte, die einstmal die jetzt verstorbenen „Landesmutter“ an den Krankenlagern der Kriegsbeschädigten sprach. Jetzt nach zweijähriger Beendigung des Krieges müssen diese dieler Vermitteln noch nicht einmal, wie es um ihre Rente steht. Gestürzt hat in Holland, der das Deutsche Reich ins Elend gestürzt hat, möchte man Milliarden nachsenden, jenen, die sich für ihn den Körper zerschinden mußten, kann man nicht einmal die zum Leben notwendige Rente zahlen.

Symbole

Vor den Schaufenstern der Scherischen Filiale unter den Linden drängen sich die Menschen. Was gibts zu sehen?

In jedem Schaufenster eine Photographie, mit Trauerflor umhüllt; in einem Schaufenster das Bild der Kaiserin, im anderen das Bild des Zeitungsmagnaten August Scherl.

Die beiden deutschen Götzen: Monarch und Kapitalist, und vor den Götzenbildern schieben und drängen sich die Untertanen, um einen Blick auf die Abbilder werfen zu können, die sie in ihrer Untertanenseele verehren. Kapitalist und Monarch — die beiden Götzen. Deutsche Symbole!

Der Dadaismus auf der Anklagebank

Die beleidigte Reichswehr

Wegen Beleidigung der Reichswehr hatten sich vor dem Landgericht II zu verantworten: 1. der Schriftsteller Johannes Baader, 2. Kunsthandler Dr. phil. Otto Herzog, 3. Kunstmalers Georg Groß, 4. Schriftsteller Wieland Herzfeld und 5. Maler Rudolf Schlichter.

Die Angeklagten Baader („Oberdada“), Dr. Herzog und Schlichter veranfaßten vom 1. Juli bis 5. August 1920 im Hause Lühmose 13 eine Ausstellung: „Erste internationale Dada-Messe“. In der Ecke des Ausstellungsraumes hing wie ein schwimmender Fisch, ein ausgestopfter selbstgekaufter Soldat mit Offiziersackstücken und der Maste eines Schweißes unter der Helmhaube, die Offiziersstolzen trug. In der Wand stand in schwarzem Leder ein ausgestopfter Frauenrumpf ohne Arme und Beine. In der Brust war ein verrostetes Messer und eine zerbrochene Gabel angehängt, auf der einen Schulter eine elektrische Klingel, auf der anderen ein Spirituslocher. — Hinterlag eine Frauengruppe bestand sich ein eisernes Kreuz. — Ferner lag eine Karte „Gott mit uns!“ aus, die Karikaturen enthielt, durch die Soldaten und Offiziere sowohl durch Zeichnungen, als auch durch deren Begleiterte verunglimpft sein sollten. Diese Karte war im Malit-Verlag erschienen, dessen Inhaber der Angeklagte Herzfeld ist, während die Bilder vom Angeklagten Groß angefertigt sind.

Bei Beginn der Sitzung hielt der Oberdada Baader eine dadaistische-juristische Rede, in der er u. a. erklärte, daß das Wesen des Dadaismus außerordentlich schwer zu fassen sei. Der Titel „Oberdada“ habe rechtlich keine Bedeutung, sondern stelle lediglich einen Reklamewert dar. Der Dadaismus habe es sich zur Aufgabe gemacht, mit höchster Effektivität kulturell schädlichen Seditenbildungen entgegenzuwirken. Die Darstellungen seien lediglich humoristisch gemeint gewesen.

Der Zeuge Hauptmann Matthäi, der die Ausstellung besucht hat, hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausstellung eine systematische Heße gegen die Offiziere und Mannschaften des Meeres darstellte. Die Zeichnungen von Georg Groß in den Mappen enthielten nach seiner Überzeugung beinahe auf jedem Blatt in der Darstellung von Majoren, Offizieren und Unteroffizieren verächtliche Verunglimpfungen.

Die Angeklagten Groß und Herzfeld bestritten, die Absicht einer Beleidigung der Reichswehr gehabt zu haben.

Als Sachverständiger äußerte sich der Direktor der südlichen Sammlungen in Dresden, Dr. Paul Schmidt, über das Wesen des Dadaismus. Der Dadaismus sei die Reaktion gegen alle unerfreulichen Zersetzungen. Der Charakter der Ausstellung sei durch humoristisch und persiflierend, der Dadaismus mache sich auch über sich selbst lustig. Groß sei einer der stärksten und bedeutendsten Zeichner der heutigen Zeit sowohl in Deutschland als auch in Europa. Der Schriftsteller Stefan Großmann als Junge sagte, die Puppen erregten wohl Mißbehagen, aber bei der öffentlichen Urstimmung in der Ausstellung habe er sich nicht empört. Künstlerischen Wert hatte nur die Karte von Groß.

Staatsanwalt Ortman hält eine Beleidigung vorliegend. Es lasse sich aber nicht nachweisen, daß der Angeklagte Baader an der Ausstellung mitbeteiligt sei. Der Staatsanwalt beantragt daher die Freisprechung des „Oberdada“. Im übrigen handle es sich hier um eine grobe Verunglimpfung des Reichsheroes (!). Der Staatsanwalt beantragte gegen Herzog und Schlichter je 800 Mark Geldstrafe, gegen Groß und Herzfeld je 6 Wochen Gefängnis. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten Groß, der als Künstler erkaufte, zu 300 Mark, Herzfeld zu 800 Mark Geldstrafe und sprach die drei übrigen Angeklagten frei. Es wurde auch auf die Nebenstrafe, Einziehung des Vermögens, Verurteilung der Klanten und Formen erkannt und dem Reichswehrminister die Publikationsbefugnis zugelassen.

Das Urteil ist an sich nicht einsehlich; besonders unzutreffend ist die Begründung, daß Groß als Künstler erkaufte sei. Wo würde die Kunst hinkommen, wenn die Juristen die ästhetischen Normen zu ihrer Würdigung aufstellen wollten. Etwas mehr Bescheidenheit, Ihr Herren vom Gericht! Ein Blatt der Karte von Groß ist künstlerisch wertvoller als die ganze geschmacklose sogenannte Siegesallee! (Herr Groß möge den Vergleich entschuldigen.)

Gegen die Umwandlung von Hotels in Geschäftsräume

Gegen die Umwandlung von Hotels in Bureau- und Geschäftsräume, wie dies insbesondere in Berlin zu beobachten war, wendet sich ein Erlaß des Wohlfahrtsministers. Die Verwaltungsbehörden werden darin darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinden die Umwandlung von Gasthöfen in Geschäftsräume u. a. auf Grund des § 2 der Wohnungsmangelverordnung vom 20. September 1918 zu verhindern in der Lage sind. Nach dieser Bestimmung kann die Gemeindebehörde mit Zustimmung des Mietvereinskomitees anordnen, daß Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zum Wohnen bestimmt waren, zu anderen Zwecken nicht verwendet werden.

Hoffentlich machen die zuständigen Behörden von diesem Recht reichlich Gebrauch, da sich hier wiederum ein Weg zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Räume bietet!

Merkwürdige Kommunisten

Ein Volksehrlicher meldet: Die Hersteller und Vertrieber von solchen dänischen Zechnonennnoten sind jetzt von der Reichsbank-Hausgeld-Abteilung in Berlin und Hannover festgenommen worden. Der Haupttäter, Kaufmann Bruno Schrödter aus Hannover, ist eine in dänischer Kommunistenkreise sehr bekannte Persönlichkeit. Er ist eine Zeitsung der Verleger und Redakteure der inzwischen eingegangenen kommunistischen „Rote Jahne“ in Hannover gewesen und hat sich als Verwalter und Volkstribun häufig betätigt. Von Beruf ist Schrödter Bankbeamter. Er hat die falschen dänischen Zechnonennnoten in vier verschiedenen Auflagen hergestellt und mit jeder neuen Auflage die Fälscherei so verbessert, daß er sie mit seinem Freund Richard Pfennigsdorf aus Hannover in den verschiedensten Städten Deutschlands meist ohne Verurteilung bei den Banken umsetzen konnte. Zur unmittelbaren Herausgabe bedienten sich die beiden Fälscher der Mithilfe von Straßenmädchen, die Schrödter für seine Pläne zu gewinnen mußte.

In seiner Vernehmung erklärte Schrödter, daß seine Straflosigkeit aus seiner kommunistischen Überzeugung erwachsen sei. Man beschleunige den Verfall der heutigen Gesellschaftsordnung, wenn man die Zahlungsmittel des heutigen Staates durch Fälschungen in Miskredit bringe. Und diese Ublanzung des Verfallsprozesses verläge auch die Qualität der unter diesem Verfallprozesse leidenden Menschheit. Er betraute deshalb besonders die Fälschungen ausländischen Papiergeldes, wodurch doch nur Banken, also die Träger des Großkapitals, geschädigt würden, als wohltätiges Werk.

Da der Schrödter Verleger und Redakteur der „Rote Jahne“ in Hannover war, ist kaum anzunehmen, daß man es von vorn herein mit einem der B. K. P. D. zugehörigen Verbrecher zu tun

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertrugen von Hermann Jutz Wöllgen Copyright by Der Reichs-Verlag Berlin-Göteborg 1921

(14. Fortsetzung) (Kadibrot verboten)

„Mc Givney“, sprach er, „Heute nacht verlor ich die Leute, habe sie aber jetzt wiedergefunden. Heute früh findet eine Verammlung statt, dies ist die Gelegenheit, sie alle festzukriegen.“

„Wo?“ fragte Mc Givney. „Zimmer 17 in den Ateliers. Lassen Sie aber ihre Leute nicht hinkommen, bis ich das Zeichen gebe und gewiß bin, daß alle richtigen Burken dort sind.“

„Hören Sie, Peter Gudge“, rief Mc Givney, „Betrügen Sie mich nicht?“

„Mein Gott! Wofür halten Sie mich denn. Ich sage Ihnen doch, die Leute haben eine Unmenge Dynamit.“

„Was haben sie damit getan?“

„Ein Teil davon befindet sich im Hauptquartier. Wo der Rest ist, weiß ich nicht. Sie haben ihn mitgetragen und ich verlor in der Nacht die Spur. Doch fand ich in meiner Tasche einen Zettel, ich wurde ebenfalls aufgefordert, mitzutun.“

„Großer Gott!“ rief der raittengestichtige Mann. „Wir fassen die ganze Bande. Sind Ihre Leute in Bereitschaft?“

„Ja.“

„Gut, sie sollen an die Ecke der Siebenten und der Washington-Strasse kommen. Sie selbst erwarten ich an der Ecke der Achten und Washington-Strasse. Kommen Sie so rasch Sie können. Verstanden?“

„Ja“, kam die Antwort. Peter hing den Hörer zurück und eilte an den besprochenen Ort. Er war derart nervös, daß er sich auf eine Haustreppe setzen mußte. Da die Zeit verstrich und Mc Givney nicht erschien, folgten ihm wilde Vorstellungen. Vielleicht hat ihn Mc Givney mißverstanden. Oder das Automobil hat eine Panne erlitten. Oder das Telefon hat nicht funktioniert. Mc Givney und seine Leute werden zu spät kommen! Die Falle wird offenstehen, die Verschwörer werden entfliehen!

„Zehn Minuten vergingen, fünfzehn Minuten, zwanzig Minuten. Endlich rasete ein Automobil die Straße entlang. Mc Givney sprang heraus, das Automobil fuhr weiter. Peter sah Mc Givney ein Zeichen und zog sich auf eine Türschwelle zurück. Mc Givney folgte ihm, fragte erregt: „Haben Sie sie?“

„Ich weiß nicht!“ stammelte Peter zähnelappernd. „Sie sagten, sie würden um acht Uhr hier sein.“

„Zeigen Sie mir den Zettel“, befahl Mc Givney, und Peter zog Neils Schreiben aus der Tasche. „Wenn Sie wirklich bereit sind, die Rechte des Proletariats durch eine kühne Tat zu fördern, treffen Sie mich in den Ateliers, Zimmer siebzehn, morgen um acht Uhr. Es sollen keine Namen genannt werden. Außerste Verschwiegenheit tut dringend Not. Tat!“

„Sie haben dies in Ihrer Tasche gefunden?“

„Ja-a, Herr Mc Givney.“

„Und Sie haben keine Ahnung, wer es Ihnen zugesteckt hat?“

„Nein, aber ich glaube Joe Engel.“

Mc Givney schaute auf die Uhr. „Wir haben noch zwanzig Minuten.“

„Sind die Detektive in Bereitschaft?“ fragte Peter.

„Ein Dutzend von ihnen. Was wollen Sie jetzt tun?“

Peter würgte seine Vorschläge hervor. Gegenüber den Ateliers befand sich ein kleiner Kolonialwarenladen. Peter würde sich dorthin begeben, tun, als laufe er ein und durch das Fenster die Straße überwachen. Nachten die Erwarteten, so würde er Mc Givney ein Zeichen geben; dieser sollte sich in der Apotheke an der nächsten Strassenecke aufhalten. Mc Givney dürfe sich nicht blicken lassen, weil die Roten wußten, er sei einer von Giffneys Agenten.

Peter brauchte nichts zweimal sagen; Mc Givney verstand alles, war bereit. Peter hastete die Straße entlang, betrat den kleinen Kolonialwarenladen, ohne von jemandem bemerkt worden zu sein. Er kaufte Cakes und Käse, setzte sich auf eine Kiste ans Fenster und tat, als esse er. Seine Hände zitterten so, daß er die Schwarzwaren kaum an den Mund führen konnte, und dies war gut, denn sein Mund war ausgetrocknet, und Cakes und Käse eignen sich in solchen Augenblicken nicht als Nahrung.

Seine Augen hasteten fort an dem gegenüberliegenden Gebäude. Nach kurzer Zeit — Hurra! — sah er Mc Cormick in die Straße einbiegen. Der Irlander trat ins Haus, einige Minuten später folgten ihm Gus, Joe Engel und Henderson. Letztere schritten eilig einher, waren in ein Gespräch vertieft; Peter erriet, daß sie von den geheimnisvollen Zetteln redeten, sich fragten, wer sie wohl geschrieben habe und was in aller Welt das Ganze bedeute.

Peter war nun bereits halb wahnhaftig vor Nervosität. Er fürchtete, dies werde den Leuten im Laden auffallen, laute Krampfhaft an den Cakes, bröckelte seine Kleider und den Fußboden voll. Sollte er noch auf Jerry Ruddy warten oder sich mit den bereits Anwesenden begnügen? Er erhob sich, schritt zur Tür, da sah er sein letztes Opfer die Straße

entlang schreiten. Ein Automobil fuhr vorüber, Peter huschte hinter ihm über die Straße und rannte nach der Apotheke. Er hatte sie noch nicht erreicht, als bereits Mc Givney heraussprang und nach der nächsten Strassenecke jagte.

Peter wartete noch lange genug, um zwei Automobile, mit stämmigen Detektiven besetzt, herbeizusen zu sehen, dann rannte er in eine Nebengasse. Er lief noch etliche Häuser weiter, sank auf einen Pflasterstein und begann zu weinen — genau wie die kleine Jennie geweint hatte, da er ihr mitgeteilt, er könne sie nicht heiraten. Leute blieben vor ihm stehen, starrten ihn an, ein alter freundlicher Herr klopfte ihm auf die Schulter und fragte, was geschehen sei. Peter schluchzte zwischen tränenschnelenden Fingern hervor: „Meine Mutter ist gestorben.“ Die Leute ließen ihn in Ruhe, und nach einiger Zeit erhob er sich und hastete weiter.

45.

Peter starb schier vor Angst. Er wußte, er werde mit Mc Givney zusammengetrieben müssen und vermochte diesen Gedanken nicht zu ertragen. Er verlangte bloß nach Neils. Diese, die gehaut, daß er ihrer bedürfen würde, hatte ihm versprochen, um halb neun im Park zu sein. In der Zwischenzeit war sie heimgegangen, hatte die irischen Kolen mit französischer Schminke aufgefrischt, sich mit Kaffee und Zigaretten gestärkt und erwartete ihn nun, geflassen lächelnd, frisch, wie die Blumen und Vögel des Parkes. Sie fragte ruhig, wie alles gegangen sei, und da Peter stammelnbelaunzte, bemerkte er, er sei imstande, Mc Givney entgegenzutreten, bemühte sie sich, seinen Mut von neuem zu entfachen. Sie gestattete ihm trotz des hellen Tageslichtes, sie zu umarmen, flüsterte ihm zu, er möge sich ermannen, ihrer wert sein.

Was hatte er denn zu fürchten? Man konnte ihm nichts nachweisen, würde ihm nie etwas nachweisen können. Seine Hände waren rein, er müsse bloß immer bei der gleichen Erklärung bleiben, dürfe, was auch immer geschehe, sich nicht überreden lassen, nicht von der Geschichte, die sie mit ihm ausgedacht hatten, abweichen. Sie ließ ihn das Gasse wiederholen, wie am Vorabend in der N. W. W. Versammlung die Rede davon gewesen sei, Neils Aldermann zu töten, um dem Kriege ein Ende zu bereiten, wie er erkrankt hatte, daß Joe Engel Jerry Ruddy zugesüßert, er bestimme alles nötige Dynamit verstoff, und wie Engel und Mc Cormick einen Anschlag für diese Nacht geplant hätten. Peter habe drauhen auf sie gewartet, habe Engel, Henderson und Gus, herauskommen sehen. (Fortsetzung folgt.)

Aus den australischen Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Zersplitterung in allen englisch sprechenden Ländern ist enorm. Große zentrale Berufsverbände, wie bei uns z. B. Holz- und Metallarbeiter, sind unbekannt.

Um so bemerkenswerter ist es, daß in Australien eine Bewegung stark in Erscheinung tritt, die darauf abzielt, alle australischen Arbeiter in eine große Gewerkschaft "One Big Union" zu zentralisieren.

Gefordert wird diese Bewegung durch die tristen wirtschaftlichen Verhältnisse in Australien, die sich in nichts unterscheiden von denen in Europa, mit all ihren Folgeerscheinungen, wie Arbeitslosigkeit, Not usw.

Die australische Gewerkschaftsbewegung ist stark gewachsen und weist bei einer Gesamtbevölkerung von rund 5 Millionen 1 017 147 männliche und 340 807 weibliche Arbeiter über 20 Jahre an.

Am 6. Juni findet nun in Melbourne ein australischer Gewerkschaftskongress statt, der letzten Endes darüber entscheiden soll, ob diese "One Big Union" zustande kommen soll.

Dachdecker-Reichstaxi

Ein Reichstaxi, das aus einem Haupttarif und aus Bezirksverträgen besteht, ist zwischen dem Zentralverband deutscher Dachdeckermeister einerseits und dem Zentralverband der Dachdecker des Reichs andererseits...

Der Tarif regelt die Geltung der Tarifverträge, die Arbeitszeit, die acht Stunden nicht überschreiten soll, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit...

Wahl zum Verbandstag im Zentralverband der Angestellten. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Weimar, die am 14. d. M. erfolgte, hatte folgendes Ergebnis.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell. Das freigewerkschaftliche Jugendkartell Groß-Berlin veranstaltet zu Pfingsten für die jugendlichen Mitglieder der freien Gewerkschaften eine dreitägige Wanderung...

Vereinskalendar. Zentralverband der Metzger notenanstalt in Klötzer-Abteinsdamm, Chausseestraße 4, ein Frühstückskaffee. Beginn 7 1/2 Uhr. Statut 3,00 M.

Geistliches. Die Opposition Nr. 4 ist erschienen und in der Ausgabe des Restaurants Baum, Stallgreiberstr. 47, abzuholen.

hat. Wenn man beobachtet, wie sich die kommunistischen Gedankengänge (sofern noch von Gedanken die Rede sein kann) immer weiter von exakten wissenschaftlichen Sozialismus entfernen...

Der Bochumer Millionenraub ganz aufgeklärt

Von den fünf Räubern, die, wie wir i. Z. berichteten, auf der Erkenschwiefer Chaussee einen Geldtransport der Zeche Emker-Lippe überfielen, mehrere Begleiter erschossen und über zwei Millionen Mark erbeuteten, waren schon vor längerer Zeit zwei Mitglieder in der Gegend des Tatorites und dann weitere zwei in Berlin ergriffen worden.

Die Erweiterung des Vortortverkehrs. Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen über die Erweiterung des Vortortverkehrs um Berlin. Diese Verhandlungen sind nunmehr zu einem gewissen Abschluss gelangt.

Heraufsetzung der Pflichtstundenzahl in den Berliner Schulen. Der Stadtrat und Generalsekretär Dr. Van Gae, Berlin, berichtet in der „Kommunalen Praxis“ die Finanzlage der Stadt Berlin.

Milchlieferung. Am Freitag, den 22., Sonnabend, den 23., Sonntag, den 24. und Montag, den 25. d. M., werden die D1, D2 und D3-Karten mit je 1/2 Liter Frischmilch geliefert.

Die Steuerklassen im Gebiet der bisherigen Stadtgemeinde Berlin - Verwaltungsbezirke 1-6 - bleiben vom 25. bis 30. d. M. mit Ausnahme der Umfahrent- und Luftfahrtssteuerklasse...

Galtesches Tor (6. Verwaltungsbezirk). Heute abend 6 Uhr Fraktionsführung in der Schule, Mittenwalder Straße, Zimmer 4.

Die Post- und Straßenbahnverhältnisse in Spandau haben in letzter Zeit wiederholt den Gegenstand von Erörterungen in der Ortspresse gebildet. Der Magistrat Spandau widmet diesen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit.

Die Straßenbahnverhältnisse im hiesigen Verbindung mit den städtischen Behörden; auf verschiedene Anregungen ist bislang eine Antwort noch nicht erfolgt.

Viren auf der Havel. Ein ungewöhnlicher Raubüberfall, der auf einem Havelkahn bei Werder verübt wurde, beschäftigt jetzt auf Besatzung der Staatsanwaltschaft zu Potsdam, auch die hiesige Kriminalpolizei, weil die unbekannten Täter in Berlin ver-

meint werden. Am 3. d. M. lag der Schiffseigner Stedler mit seinem Kahn bei Werder auf der Havel. Als er abends weggegangen war und sich seine Frau allein in der Kajüte befand, tauchten plötzlich zwei fremde Männer an Bord auf...

Während der Festlegung der Kaiserin von Einbrechern heimgelacht wurde der Major Kähler aus der Raasenstr. 11. Als sich der Major zu den Feierlichkeiten nach Potsdam begeben hatte, fand seine Wohnung ohne Aufsicht.

Arbeiterpost

- Arbeiter-Sport-Vereine, Karlsruhe des 20. Bezirks (Reinholdsdorf, Tegel, Jungfernhöhe, Helligensee, Frohnau, Harnsdorf, Lubars, Waldmannsdorf, Wittmann, Bergmannsdorf, Reichenhof, Schönholz) laden Vertreter...

Aus den Organisationen

- 4. Bezirk. Kinderjugendkommission. Abends 6 Uhr Zusammenkunft der Kinder, die an den Wanderungen teilnehmen...

- 1. Bezirk. Die Abteilungsleiter werden ersucht, vom 2. bis 4. Uhr im Hof des Kaiserpalastes, Spalingerstraße 24, abzukommen.

Vereinskalendar

- Zentralverband der Metzger notenanstalt in Klötzer-Abteinsdamm, Chausseestraße 4, ein Frühstückskaffee. Beginn 7 1/2 Uhr. Statut 3,00 M.

Geistliches

Das Jubiläum des 50-jährigen Bestehens beging, wie wir nachträglich er- teilten, am Sonntag, den 17. April, die Firma Beer Gode, Ackerstraße, 20-22...

Deutscher Reichstag

Donnerstag, 12. April

Die Interpellation der Deutschnationalen, betr. Auswärtiger Politik, soll in der nächsten Zeit beantwortet werden.

Es ist ein Antrag auf Straferfolgung des Abgeordneten Reich (Komm.) eingegangen. Der Reichsminister des Innern hatte die Straferfolgung wegen angeblicher Unterschlagung, Diebstahls und Urkundenfälschung verlangt. Der Berichterstatter Brodau (Dem.) befürwortet, dem Antrage stattzugeben. Wenn einem Mitgliede des Reichstages ehrenrührige Straftaten nachgesagt würden, müsse die Sache geklärt werden.

Geyer (Komm.): Die ganze Anzeige und das Verlangen des Staatsanwalts, die Immunität aufzuheben, beruht meiner Auffassung nach auf einer Intrige. Wenn die Kommission glaubt, die Sache nicht näher untersuchen zu müssen, so lehnt sie meine Meinung nach an den nötigen Unterlagen. Er empfiehlt, den Antrag der Staatsanwaltschaft abzulehnen.

Schmidt (S. P. D.): Es handelt sich um häuslichen Streit im Verande der Buchdrucker. Es haben sich dort zwei Richtungen gebildet. Jede Richtung beschuldigt die andere der Unterschlagung. Und wenn ich recht unterrichtet bin, hat auch die Richtung, der Reich angehört, Strafantrag wegen Unterschlagung gestellt. Jedenfalls haben wir keinen Anlaß, die Immunität aufzuheben. Ich stelle den Antrag, die Sache an die Kommission zurückzuverweisen.

Reimann (U. S.) ist ebenfalls der Auffassung, daß es sich um Differenzen handelt, die zwischen den Mitgliedern des Verbandes ausgebrochen sind. Wenn man nicht zur Ablehnung des Antrages gehen wolle, müsse man dem Antrag Schmidt stattgeben.

Die Zurückverweisung an die Kommission wird beschlossen. Fünf weitere Anträge auf Straferfolgung von Abgeordneten, sämtlich Privatklagen wegen Verleumdung, werden abgelehnt. Es folgt die Fortsetzung der Debatte wegen

Aufhebung der Ausnahmegerichte.

Warmuth (Dnall.) fordert die Beibehaltung der Ausnahmegerichte. Organisiertes Verbrechen kann nur ausgerottet werden durch außerordentliche Maßnahmen. Nur durch radikale Mittel kann dieser politische und verbrecherische Radikalismus gestoppt werden. Die Abschaffung ist der Maßnahme, die der Verordnung. Diejenigen, die hier dafür eintreten, daß die Jugend von den Ausnahmegerichten verschont bleiben soll, müßten sich an die wenden, die diese Jungen in die verbrecherischen Aktionen hineingeht haben.

Riß, Rißer (S. P. D.): Wir können uns nicht dazu entschließen, der Regierung die Aufhebung der Verordnung aufzuwingen, zumal von den Kommunisten erklärt wird, daß die Aktion nicht aufgehoben sondern nur unterdrückt werden soll. Die „Rote Fahne“ hätte in ihrer großen Mehrheit, wenn nicht einmütig, beschlossen, ihre Tätigkeit in der Richtung der Märzaktion fortzusetzen. Wenn Warmuth hier einen Aufruf von Höll, der mit Erleichterungen, Städte-Niederbrennen um droht, zum besten gibt, so ist zu bemerken: Es sind keine Leute erschossen worden, keine Städte angezündet. Aber brauchen wir uns wundern, wenn solche Aufrufe losgelassen werden? War es nicht Kapp, der in den Märztagen des vorigen Jahres drohte: Wer sich nicht fügt, wird erschossen? Er hat auch keinen erschossen, sondern sich aus dem Staube machen müssen. Es handelte sich bei der letzten Aktion gar nicht um die Aufforderung an die Arbeiter zur revolutionären Erhebung, sondern um eine niedrige Hege unverantwortlicher verbrecherischer Elemente. Aber: die Rechtsprechung ist zu einem allgemeinen Skandal geworden vom Hüller-Prozess bis zum Prozess Marloh, von dem Prozess Kessel bis zu dem der Marburger Studenten, ist eine

unendliche Reihe von Rechtsmishandlungen.

Damit vergleiche man die Urteile, die gegen Arbeiter verhängt worden sind. Bis zur heutigen Stunde haben die sonst so schnell arbeitenden Gerichte keinen einzigen Rappebellen verurteilt, nicht einmal angeklagt. (Zuruf rechts: Amnestiegesetz!) Aber das gilt doch nicht für die Rädelshüter, Oberst Bauer, Kapitanleutnant Eberhart und andere sich in Bayern befindende. — Der Abgeordnete Rosenfeld hat gestern versucht, meine Partei für die Amtshandlungen des Reichspräsidenten verantwortlich zu machen. Niemand weiß so gut wie Rosenfeld, daß die Amtshandlungen des Reichspräsidenten mit der Politik der Partei nichts zu tun haben. Die Sondergerichte müssen mit Kautelen umgeben werden, damit die Rabelschuft unmöglich werde. Das will unser Antrag. Die Zuständigkeit der Sondergerichte ist durch Gesetz festzulegen.

Zustimmender Helzer: Nach dem Kapp-Putsch kamen Klagen über Klagen, daß die unter Anklage gestellten Leute so lange Zeit in Untersuchungshaft verdrängen müßten. Wir haben wohlüberlegt, gerade um derartigen Klagen die Spitze abzubreaken, die Verordnung erlassen. Was den Kapp-Putsch anbelangt, so ist die große Mehrheit der Beteiligten amnestiert. Zu verfolgen sind nur die Führer, deren gibt es nur wenige Exemplare (?), und die wenigen haben wir bisher nicht kriegen können (!). Auf eine schriftliche Mitteilung, Kapitanleutnant Eberhart sei in Bayern, wurde der Verleumdung aufgefodert, nähere Angaben zu machen, er hat aber bisher nichts von sich hören lassen.

Cremers (D. P.): Ein Zustand, in dem es jedem möglich ist, die Staats- und Wirtschaftsobjekte anzugreifen, ist absolut unhaltbar. Die Allgemeinheit muß vor den verbrecherischen Wünschen und dem Vorgehen einzelner geschützt werden. Wenn für die Defekte von der Schwere, wie sie beim letzten Putsch begangen worden sind, nicht schwere Strafen erfolgen, kommen wir niemals wieder zu geordneten Zuständen. Ich kann nur unterzeichnen, was der Minister gesagt hat. Trotzdem werden meine Freunde gern bereit sein, in der Kommission nochmals in eine Prüfung der Materie einzutreten, wie es durch den Antrag der Mehrheitssozialisten gewünscht wird. Die letzte Bewegung der Kommunisten ist ja sicher die letzte kommunistische Bewegung. Aber alles, was wir tun, um die Autorität des Staats wiederherzustellen, wird auch dazu beitragen, dem Kommunismus Deutschlands das Lebenslicht auszulösen. Die U. S. P. hat das Vorgehen des Reichspräsidenten kritisiert, aber keinen Beweis dafür gebracht, daß die Ordnung schon soweit wieder eingeleitet ist, daß es möglich ist, ohne Ausnahmerecht auszukommen. Die U. S. P. mag auch einmal erklären, ob sie sich weiter vor die Kommunisten stellen will. Solange sie uns nicht sagt, daß sie nur mit gesetzlichen Mitteln radikalen Bestrebungen nachgehen will, werden wir ihr mit Mißtrauen gegenüberstehen müssen. (Zuruf Crispian und Ledebours: Wir wollen die Veritaten gar nicht!) Wo der Redner versucht, dem Genossen Ledebour, wenn auch verblümt, den Vorwurf der Freigabe zu machen, kommt es unter großen Zustimmung- und Entrüstungsrufen zu scharfen Zusammenstößen zwischen Ledebour und Cremers. Nach einigen weiteren demagogischen Redewendungen tritt der Redner unter großem Beifall der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ab.

Gerhardt (Zit.): Die Verordnung ist verfassungsrechtlich vollkommen zulässig und sie war auch durchaus notwendig.

Pellus (Dem.): Der Preussische Minister Göring ist scharf angegriffen worden, weil er nicht mit schärferen Mitteln zu greifen. Ich befürchte, daß nicht die Reichsweite eingeleitet und nicht durch die Anzeichen die Schwierigkeiten der Niedersetzung des Putschs wesentlich vergrößert wurden. Auch dem Oberpräsidenten Hörning muß man Gerechtigkeit widerfahren lassen; aber es ist notwendig, einmal nachzuprüfen, wie weit die Regierung und Verwaltungsorgane den Anforderungen genügen. Wer nicht auf dem Boden der Verfassung steht, müsse beseitigt werden. Die Kommunisten in den Gemeindebehörden haben sich nur als die Sachwalter der Erhebung erwiesen. Sie sind zu befechtigen. Es wäre Aufgabe des Heimatdienstes gewesen, Aufklärung über die kommunistische Putschaktion zu schaffen. Vielleicht ist jetzt noch nachzusehen.

Damit wird die Debatte über diesen Punkt abgebrochen. Sodann wird noch der Gesetzentwurf über die Prüfung und Beglau-

bigung der Fieberthermometer erledigt. Der Entwurf wird, nachdem der G. P. (Soz.) sich für die Annahme ausgesprochen und Staatssekretär Lewald erklärt hat, daß auch die beteiligten Industriellen ihre Zustimmung gegeben hätten, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schluss der Sitzung 6 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Freitag.

Preussischer Landtag

Donnerstag, den 21. April 1921

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl eines Ministerpräsidenten. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Von insgesamt 428 Abgeordneten beteiligten sich 371 an der Abstimmung. Von den abgegebenen Stimmzetteln sind 22 unbeschrieben, 227 lauten auf Stegerwald, 100 auf den bisherigen Ministerpräsidenten Braun (Soz.), 21 auf den Abgeordneten Ludwig (U. Soz.), 1 auf den Abgeordneten Busch (Zentr.). Der preussische Volkswohlfahrtsminister Stegerwald ist damit gewählt. Die Beratung der deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft wird fortgesetzt.

Abg. Kaulen (Zentr.): Die Unterstellung des Abg. Wittich (Soz.), daß die Landwirte über ihren Viehbestand falsche Angaben machen, weise ich entschieden zurück. Wir stimmen den Anträgen zu. Ein Regierungsvorleser: Dem Abgeordneten Schläpke erwidere ich, daß im Vergleich zum Vorjahr schon ein erheblicher Abbau der Zwangswirtschaft stattgefunden hat. Wir sind im Reich und in Preußen bemüht, im Interesse der Produktionsförderung die Landwirte von den Fesseln der Zwangswirtschaft zu befreien. Die Zwangswirtschaft besteht nur noch für Milch, Getreide und Zucker. Bezüglich der Milch steht der Abbau unmittelbar bevor. Im Falle der Aufhebung der Zwangswirtschaft muß zunächst allerdings mit einer vorübergehenden Steigerung der Milchpreise gerechnet werden. Der Entwurf über den Verkehr mit Getreide liegt mit dem Ersuchen schleuniger Verabschiedung bereits dem Reichstag vor. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft wäre nur möglich, bei gleichzeitiger Freigabe der Einfuhr von ausländischem Zucker. Damit würden die Zuckerrübenbauern kaum einverstanden sein. Deshalb wird die Zuckerzwangswirtschaft noch aufrechterhalten bleiben.

Abg. Graf zu Stolberg (D. P.): Am Abbau der Zwangswirtschaft ist nicht nur die Landwirtschaft interessiert, sondern auch die Industrie. Wird sie beibehalten, so ist mit einem weiteren Rückgang der Produktion zu rechnen, so daß eine vermehrte Einfuhr stattfinden muß, und das bedeutet natürlich höhere Brotpreise. Man muß die goldene Mittelstraße suchen. (Zuruf links: Golden für Sie!)

Abg. Dr. Wendt (Dem.): Eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft ist nicht möglich. Auch wir wünschen, daß bald eine bestimmte Form der Getreidebewirtschaftung für das neue Jahr bekanntgegeben wird. Die Verordnung über die Schrotmühlen steht doch nur auf dem Papier und muß deshalb aufgehoben werden. Von unnötigen Fesseln muß die Landwirtschaft befreit werden, damit auch der Schleichhandel aufhört. Auch in der Zuckerbewirtschaftung muß es bald zur freien Wirtschaft kommen.

Abg. Schulz-Kneußlin (Komm.): Das Verlangen der Vorredner, die Zwangswirtschaft aufzuheben, wird keine Verbesserung, sondern nur eine Verschlechterung der Ernährungslage bringen. Die Preise werden durch den freien Handel ganz ungeheuer in die Höhe getrieben werden. Es wird so gehen, wie in der Inflation, die es bei der freien Wirtschaft nicht fertigbrachte, die Bevölkerung zu versorgen. Die Politik der Rechtssozialisten und ihres Landwirtschaftsministers hat den Agrariern nur in die Hände gearbeitet. Bezeichnend ist es, daß auf vielen Gütern ein Teil des Bodens ganz einfach brach liegt. Wir verlangen direkte Lieferbeziehungen zwischen Konsumentengenossenschaften und Kleinbauerngenossenschaften. Eine Ordnung in der Ernährungswirtschaft ist nur möglich durch Festschlagung der kapitalistischen Unordnung und durch deren Ersatz durch die kommunistische Ordnung.

Abg. Raupner (U. S.): Die deutschnationalen Anträge haben nur agitatorische Zwecke. Hinter der Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft steht nicht das Interesse der Allgemeinheit. Dem Urteil meines Vorredners über Brauns Landwirtschaftspolitik kann ich nur zustimmen. Die Zwangswirtschaft mußte mit dem Tage erledigt sein, wo der Wille zum Erlassen der Lebensmittel nicht mehr da war; da kann die beste Verteilung nichts nützen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide muß eine ungeheure Preissteigerung bringen; sie ist ganz unmöglich, wenn nicht gleichzeitig andere Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung getroffen werden. Die freie Wirtschaft würde die unelastische Ausbeutung der Konsumenten bedeuten. Die Behauptung, die Landwirtschaft leide Not, ist lächerlich; sie hat in den letzten Jahren ungeheure Gewinne erzielt. Aus diesen Gründen lehnen wir die deutschnationalen Anträge ab.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung des neuen Staatsministeriums. Nach einer Pause bis 2 Uhr wird dann die Besprechung der Regierungserklärung erfolgen.

Die religiöse Erziehung der Kinder

Im Rechtsauschuss des Reichstags wurde gestern über die religiöse Erziehung der Kinder gesprochen. Die vorliegenden Anträge geben nach drei Richtungen: 1. Abg. Leicht (D. P.) will die Form des Vertrags wahren; 2. Dr. Düringer (Dn.) und Dr. Kohl (D. P.) wollen die Form der Zustimmung haben; 3. die Abg. Marx (Zentr.) und Dr. Raddbruch (Soz.) wünschen die Form der freien Einigung der Eltern unter sich. — Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Kernfrage: Vertragsprinzip oder freie Einigung der Ehegatten über die religiöse Kindererziehung. Nach Bemerkungen verschiedener Redner erklärte Abg. Dr. Raddbruch (Soz.): Das Recht über die religiöse Erziehung der Kinder muß demjenigen übertragen werden, dem auch die Sorge für die Person des Kindes zusteht. Das müssen nicht unter allen Umständen die Eltern sein. Das Recht der Frau muß in dieser Frage dem des Mannes gleichgestellt sein. Bei Uneinigkeit soll das Vormundschaftsgericht entscheiden. — Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) stimmt dem Antrag Dr. Raddbruch zu; bei Meinungsverschiedenheiten soll jedoch das Vormundschaftsgericht nicht sofort entscheiden, sondern zunächst auf eine Einigung hinwirken. In der U. S. P. in U. S. P. über den ersten Satz in den Anträgen Marx (Zentr.) und Leicht (D. P.), — nämlich: Für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in welchem ein Kind erzogen werden soll, ist die Einigung (Bereinarbeit) der Eltern maßgebend, wird dieser Satz mit allen gegen 6 Stimmen (3. D. P. und Dn.) abgelehnt.

Der Vizepräsident des Preussischen Landtages beschloß in einer Sitzung an die Vollziehung anschließender Beratung am Donnerstag, am Freitag und Sonnabend die Regierungserklärung zu besprechen. Man hofft, am Sonnabend zu Ende zu kommen. Dann soll eine Vertagung auf acht Tage eintreten.

Deutschnationaler Entschluß. Der Landrat Wintemann im westfälischen Kreise Bären hatte die Landwirte im amtlichen Kreisblatt aufgefordert, gegen alle Veranlassungen zur Reichsgewinnsteuer und Reichsnotopfer sofort Einspruch einzulegen. Diese Aufforderung konnte nur den Sinn haben, daß die Landwirte sich zur Umgehung der Steuer-gesetze vordrängen sollten. Der Landrat ist nun als Regierungsrat nach Münster versetzt worden und darüber enträsten sich die Deutschnationalen so sehr, daß sie im Landtag eine Anfrage zu diesem Falle eingebracht haben. Man versteht, daß die deutschnationalen Patrioten es nicht vertragen können, wenn einem der ihrigen wegen Steuerhabe eine Leib geschlecht!

Der hweyerische Haushalt. Die eidgenössische Staatserklärung für 1920 weist in Einundzwanzig Milliarden Franken und in Ausgaben 443 000 000 Franken auf und schließt somit mit einem Defizit von 60 536 730 Franken. Bei diesem Ergebnis ist in Betracht zu ziehen, daß die Kosten der Mobilisierung der Armee, die sich bis Ende 1920 auf 1 187 485 072 Franken beliefen, darin nicht einbezogen sind.

Jugendbewegung

Ein erstes Wort an die Erwachsenen

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sie veröffentlichen in der Nr. 162 vom 2. April eine Zuschrift „An unsere sozialistischen Arbeiterkinder“ der Ortsgruppe Gellandbrunn. Darin wird geschildert, wie ein Vater seine Tochter aus der Gruppe genommen hat und die Arbeiten der Jugend durchkreuzt. Der Vater dieses Mädels bin ich. Etwas anders ist es aber doch, wie es dort geschildert wird. Ich habe sie nicht zur Strafe aus der Gruppe genommen, sondern gelassen, daß die jugendbewegte in ganz falschen Bahnen bewegt. Wir werden fortwährend aufgefordert, sie zu unterhalten, aber dreizehn sollen wir ihnen nicht. Sie wollen ihre Selbstständigkeit gewahrt wissen. Nun ist aber die Jugend von 14 bis 18 Jahren noch nicht so weit, daß sie selbstständig ist, sondern der Erziehungswert ist noch lange nicht beendet. Also müßten an der Spitze der Jugendbewegung erfahrene Männer stehen, wie es bei anderen Jugendbewegungen der Fall ist. Da dieses aber bei der jugendbewegten nicht der Fall ist, so sind sie größtenteils zu den Kommunisten übergegangen und tun es noch. Die Jugend ist eben für phantastische Ideen besonders empfänglich und unzureifere Männer können die Bewegung auf vorwärtsführenden Wegen leiten und vor unzureifere Ideen bewahren. Also muß die ganze Jugendbewegung neu aufgebaut werden.

Dann muß die Jugend selbst arbeiten, neue Mitglieder werben und sich nicht bloß auf uns verlassen. Den Angaben in der Zuschrift der Ortsgruppe Gellandbrunn gegenüber bemerke ich, daß der Vorkämpfer um 411 Uhr in meine Wohnung kam und von meiner Tochter Geld verlangte, trotzdem sie den ganzen Abend zusammen waren, diese hätte aber nicht erwartet. Nach allem diesem überredete ich meine Tochter, aus der Gruppe auszutreten und ich muß die Erziehung zum Sozialismus bei ihr und meinen anderen Kindern allein übernehmen, bis die Jugendbewegung so weit ist, daß ich ihre Kinder anvertrauen kann. Robert Heise, No. 20, Kolonialstr. 9.

Wir geben auch diese Zuschrift gern wieder, nachdem wir einige ungeschickliche Bemerkungen ausgewertet haben. Wir haben bereits zur Einblendung der Ortsgruppe Gellandbrunn bemerkt, wie außerordentlich wichtig es ist, daß das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern in der proletarischen Jugendbewegung in vernünftige Bahnen gelenkt wird. Es ist aus vollkommen richtig, daß der Selbstständigkeitstrieb der Jugend seine Grenze finden muß, wo es sich um Dinge handelt, die der jugendlichen Einsicht und Erfahrung noch fernliegen. Aber es muß auch der Meinung des Genossen Heise gegenüber betont werden, daß die Mitarbeit der älteren Genossen in der Jugendbewegung sehr zu wünschen übrig läßt. Die erwachsenen Parteigenossen überlassen die Jugendbewegung fast völlig sich selbst. Sie lassen sich beirren von der Selbstständigkeitsforderung der Jugend. Das ist aber ganz falsch. Die Selbstständigkeit, die die Jugend für sich fordert, ist organisatorischer Natur. Da soll man sie ruhig schalten und walten lassen. Nicht verbietet sich aber dadurch die Mitarbeit an der Auffklärung, Erziehung und Schulung der Jugend. Und da ist auch ein erstes Wort an die erwachsenen Parteigenossinnen und Genossen voranzutreiben.

Die Mitarbeit in der Jugendbewegung gibt allerdings kein Anrecht, als führend anerkannt zu werden. Sie ist nur dann von Nutzen, wenn man sich einordnet in die Reihen der Jugend, ihnen gibt aus dem Schilde der eigenen Kenntnisse und Erfahrungen, um dafür von der Jugend zu empfangen die frische Kraft, Unbefangtheit und Originalität des Urteils. Man muß un sich in den Einfluss nehmen auf die Jugend, muß an ihre täglichen Erlebnisse und Bedingungen anknüpfen und sie im Lichte der sozialistischen Weltanschauung mit ihnen besprechen. Und zwar nicht als Lehrer und Schüler, sondern als Freund zu Freunden, als älterer Genosse zu jüngeren Genossen. Sobald die Jugend merkt, daß man sie mit Gewalt, von oben herab, im Gefühl der eigenen Überlegenheit, zu irgendwelchen Dingen, zu Bildungszwecken, zu wissenschaftlichen und politischen Meinungen oder zu organisatorischen Maßnahmen pressen will, ist es vorbei mit dem Einfluss, den man nehmen will. Die Jugend wird mißtrauisch und lehnt sich auf.

Das scheint alles ziemlich bekannt zu sein, ist es aber in Wirklichkeit gar nicht. Praktisch treten diese Anschauungen vom Wesen der Arbeit in der sozialistischen Jugendbewegung kaum in die Erscheinung. Entweder erschöpft sich die Arbeit der Erwachsenen, wenn sie überhaupt vorhanden ist, darauf, die Jugend für ein Parteilied einzufangen oder aber, und das ist die Regel, sie kommt über das in der bürgerlichen Welt herrschende Autoritätsprinzip nicht hinaus. Hier ist, wie kaum an anderer Stelle, die Übertragung der sozialistischen Grundfächer auf die Handlungen des täglichen Lebens von unabwendbarer Notwendigkeit. Gerade die Arbeit in der Jugendbewegung, die eine hervorstechend praktische Gelegenheit ist, gibt Gelegenheit, ohne jede materielle Einbuße der sozialistischen Weltanschauung auch praktisch zu handeln. Und daß sich im Verhältnis der erwachsenen Arbeiter zur Jugendbewegung sehr wenig davon zeigt, ist eine Tatsache, die wohl beklagenswert ist, aber nicht bestritten werden kann.

Die mittlere Arbeit der Erwachsenen an der Jugend findet nicht im Jugendheim statt, sondern in der Werkstatt, im Betriebe. Wie sich hier, unter der unmittelbaren Einwirkung der materiellen Daseinsbedingungen, des Erwerbslebens, das Verhältnis der erwachsenen Arbeiter zum Lehrling oder jugendlichen Arbeiter gestaltet, ist das Entscheidende. Die Jugend beobachtet scharf, zieht ihre Vergleiche und bildet sich ihr Urteil. Daß es oft so scharf, teils weise vernünftig für die erwachsene Arbeiterschaft ausfällt, gibt sehr zu bedenken. Und wer jemals im Betrieb gestanden hat, wird nicht leugnen können, daß es ein empörendes Zwischenfällen, Ungerechtigkeiten und Brutalitäten der erwachsenen Arbeiter gegen die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge nicht fehlt. Wie soll es beifolgende Weise auf elken jugendlichen Genossen wirken, wenn er, der mit Begeisterung dem Solidaritätsgedanken der Arbeiterschaft ergeben ist, im Betriebe von seinen erwachsenen Genossen „ausgebeutet“ wird. Es gibt zahlreiche Fälle, wo die Arbeiter die Lehrlinge für sich arbeiten lassen, um ihren Aufwand zu verbessern, während sie selbst sich Schwörung auferlegen. Mag es aber so ein aufgeklärter Jugendgenosse, den Erwachsenen auf die Inkonsequenz seiner Handlungsweise hinzuweisen, dann werden ihm! Dann droht ihm ein Sturzbad von Beschimpfungen, daß ihn das nichts angeht, daß er noch viel zu jung und zu dumm sei, daß er erst mal Erfahrungen sammeln solle und dergleichen Pöbelwörterlichkeiten mehr. Ja, es kommt auch vor, daß der ehrlich empörte Jugendgenosse beim Meister wegen seiner Unbarmherzigkeit verklagt wird. Das müßte traurige Fälle sein, aber sie sind fast täglich.

